



Nr. 28 | 3 Euro

EINSTEINS

Das Magazin der Eichstätter Journalistik

PROTEST



Verbindung leben



Wie grün kann ein Flughafen sein?

Wir arbeiten dran: Bis 2030 ist der Flughafen München klimaneutral.
Erfahren Sie mehr dazu unter munic-airport.de/klimaneutral



Liebe Leserinnen und Leser,

50 Jahre nach den Studentenprotesten von 1968 scheint es ruhig geworden zu sein auf Deutschlands Straßen. „Wie soll man rebellieren? Egal wo wir hinkommen, unsere Eltern waren schon eher hier“, singt die Band Kraftklub in ihrem Song „Zu Jung“. Verglichen mit den wilden 68ern ist Protest wohl weniger nackig, weniger skandalös. Doch ein paar Rebellen gibt es auch heute.

Wer protestiert also noch? Diese Frage stellen wir uns im diesjährigen EINSTEINS Magazin. Wir wollen uns nicht nur den verschiedenen Formen des Protests, sondern vor allem den Menschen und deren Motivation widmen.

Um dem „Warum“ nachzugehen, sind drei unserer Reporterinnen bis nach Moskau gereist. Dort begleiteten sie Studierende während der WM: Warum sich 50 von ihnen gegen die Fanzone auf ihrem Campus auflehnten und was sie erreicht haben, lest ihr auf Seite 26.

Einige Demonstranten mehr, nämlich 4 000, waren es in Düsseldorf: Warum Pflegenden auf die Gefahr hin streiken, ihre Patienten zu vernachlässigen, erzählen wir auf Seite 56.

Dass Protest nicht immer das große Publikum sucht, zeigt ein Mann, der den deutschen Staat leugnet. Unsere Reporter haben nicht nur zum Phänomen Reichsbürger recherchiert, sondern den Menschen dahinter kennengelernt. Was sie bei ihm zuhause, außerhalb der „BRD GmbH“, erfahren haben, lest ihr auf Seite 14.

Außerdem protestieren wir selbst. Wenn der Leser nicht zahlt, welcher Zukunft gehen wir als angehende Journalisten dann entgegen? Mehr auf Seite 62.

Dass hinter Journalismus viel Arbeit steckt, haben auch unsere Reporter bei der EINSTEINS-Produktion gemerkt. Die Ergebnisse könnt ihr nun in euren Händen halten und auf einsteins-magazin.de und EINSTEINS TV genießen. Unsere Reporter haben unter anderem in der israelischen Wüste, der Wiener Altstadt und auf Weiden im oberbayerischen Miesbach gedreht.

Und wenn ihr den passenden Song zur EINSTEINS-Lektüre braucht, findet ihr Kraftklubs „Zu Jung“ und weitere Protestsongs auf unserer Spotify-Playlist. Wir wünschen euch im Namen der ganzen EINSTEINS-Redaktion viel Spaß beim Lesen. ■

Daniela Weichselgartner & Sandra Lohse, Chefredaktion Print



INHALT

6

„Ich mache aus Prinzip Stress“

Cécile Lecomte kämpft gegen Atomtransporte und Behörden - und gegen ihren eigenen Körper.

12

Prominente über Protest

Günter Wallraff kettete sich in Griechenland vor das Parlament und verteilte Flugblätter.

14

Mensch Andreas

Er hält den deutschen Staat für eine Lüge. Besuch bei einem Reichsbürger.

22

Protesta curiosa!

Protestieren mit Esel oder Windeln? Die verrücktesten Aktionen.

26

Viel Lärm um das Fan Fest

Gegen die FIFA und die Unileitung. Unterwegs mit Moskauer Studenten.

33

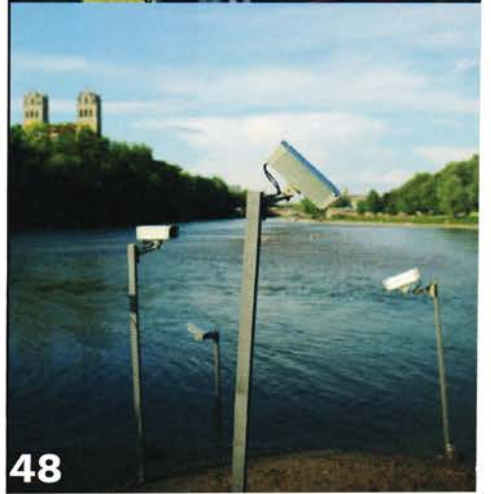
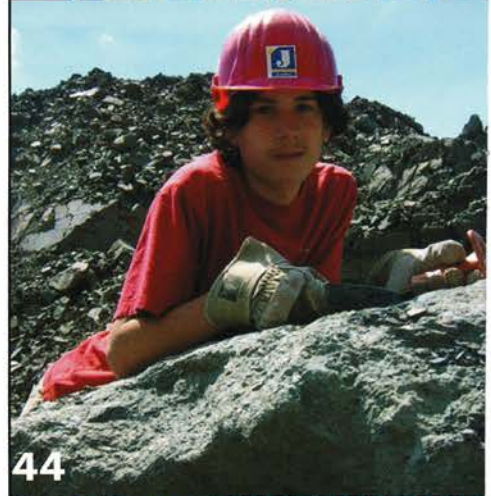
Gewaltige Grauzone

Passen Protest und Gewalt zusammen? Zwei Aktivisten sprechen über Gewalt.

36

Prominente über Protest II

Nicole: „Mit Musik allein zu protestieren, ist nicht möglich.“





Das Erbe der 68er

Was heute von der Studentenbewegung noch übrig ist. Ein Interview.

38

Schwänzen ohne Konsequenzen

Wie sich ein 13-Jähriger selbst für immer schulfrei gab.

44

Überwachung? Mit Sicherheit!

Überwachung gehört mittlerweile zum Alltag. Aktivisten und Künstler wehren sich dagegen.

48

Prominente über Protest III

Für Liedermacher Konstantin Wecker ist Kunst Widerstand.

54

Mehr. Von. Uns.

Als Pfleger streiken? – Nicht so einfach. Pfleger aus dem Saarland protestieren trotzdem.

56

Stoppt den Geiz!

Demokratie braucht Journalismus und der braucht Geld. Das wollen viele nicht zahlen.

62

Bilderrätsel

Kennt ihr euch mit Protest aus? Denkt um die Ecke.

66

Editorial 3

Die Redaktion 64

Crossmedia 67



„Ich mache aus Prinzip Stress“

Sie blockiert Atomschiffe, demonstriert auf Bäumen und brüllt Richter nieder – Cécile Lecomte polarisiert. Unterwegs mit einer Frau, die Protestieren zu ihrem Beruf gemacht hat.

von **Sandra Lohse**
Bastian Mühling

Wurdest du gestern noch festgenommen?“, fragt Madita Zilien. Cécile Lecomte schüttelt den Kopf. „Es war ja keine Vermummung, sondern Kunst.“ Madita, gerade einmal 15 Jahre und schon protestfanatisch, schaut Lecomte mit großen Augen an und lauscht, wie sie ihre Frage ernsthaft beantwortet.

24 Stunden zuvor: Lecomtes Augen spitzen aus Löchern einer Eulenmaske. Sie protestiert gegen das Atommüll-Endlager in Gorleben. Würde die Polizei sie festnehmen, wäre es nicht das erste Mal.

Cécile Lecomte widersetzt sich hauptberuflich. Nicht immer als Eule, aber meistens gegen Atomkraft. Die 36-Jährige ist eine von zehn Bewegungsarbeiterinnen und Bewegungsarbeitern der bundesweit tätigen *Bewegungsstiftung* mit Sitz in Verden. Die Stiftung fördert politische Aktionen und Protestkampagnen sozialer Bewegungen mit Geld und Beratung.

Bewegungsarbeiterinnen wie Lecomte finanzieren sich über Spenden. Paten aus ganz Deutschland unterstützen die Aktivisten, indem sie monatlich einen selbst gewählten Betrag an die Stiftung überweisen. Die gibt das Geld an die Bewegungsarbeiter weiter. Für was sie sich einsetzen, entscheiden die Aktivisten aber selbst und nicht ihre Paten. Lecomte ist die Bewegungsarbeiterin mit den meisten Paten, nämlich 40, von denen sie insgesamt 900 Euro im Monat bekommt. Leben kann die Aktivistin aus Lüneburg davon nur dank ihres minimalistischen Lebensstils.

Gorleben im Nordosten Niedersachsens: Auf einem Protestfestival gegen das Atommüll-Endlager zeigt Lecomte, wie man Klettern

als Aktionsform nutzen kann. Dafür arbeitet sie mit der linken Aktionsgemeinschaft *Robin Wood* zusammen, die sich mit ihren rund 10 000 Unterstützern vor allem für Umweltthemen engagiert. Lecomte lehnt sich zurück. Ihr Fuß in einer Schlaufe, ihr Körper hängt mit einem Klettergeschirr am Baum. „Hach.“ Sie breitet die Arme aus, fühlt sich wohl.

Nach einer Stunde sind alle Vorbereitungen für das Schnupperklettern getroffen. Lecomte schwitzt so stark, dass sich ihre Haare kräuseln. Rote Hamsterbacken, spröde Lippen, zusammengekniffene Augen. Lecomte bringt die letzten Seile an. Seilt sich in einem Rutsch ab. Humpelt einige Schritte und plumpst in ihren Rollstuhl.

„Cécile ist nicht die einfachste und ruhigste Person.“

„Wo ist meine Wasserflasche?“, schnaubt sie plötzlich. Der Rest der Gruppe schaut irritiert. Lecomtes gute Laune auf dem Baum ist verflogen, sie ist jetzt im Rollstuhl gefangen. „Wo ist meine Wasserflasche?“, beharrt sie. Die anderen Aktivisten suchen im Wald unter Decken und im Laub, bis die blaue Thermosflasche auftaucht.

Demonstrieren und Klettern, das hat Lecomte beides schon in ihrer Kindheit gelernt. Ihre erste Demonstration erlebt sie auf den Schultern ihrer Mutter Oudille. Cécile wächst in Orléans in Frankreich auf, ihre Mutter bringt ihr das Klettern bei. Als Jugendliche wird Cécile Meisterin im Sportklettern und engagiert sich in politischen Gruppen.

Mit 18 zieht Lecomte nach Deutschland. Studium der Be-

triebswirtschaftslehre in Bayreuth und Erlangen, ab 2005 Französischlehrerin in Lüneburg – ihre Ausbildung mag nicht zu ihrem heutigen Leben passen. Ab 2007 passt ihr Aktivismus nicht mehr zu ihrem Beruf als Lehrerin: Der Staat blickt skeptisch auf ihre Aktionen, überwacht Lecomte und setzt die Schulleitung unter Druck. Dazu kommt ihre Krankheit: „Manchmal bin ich im Lehrerzimmer vor Schmerzen in Tränen zusammengebrochen. Die Kollegen haben mich dann nach Hause geschickt“, erzählt Lecomte.

Seit sie 24 ist, leidet Lecomte an einer schweren Autoimmunkrankheit: Rheumatoide Arthritis, eine chronische Entzündung der Gelenke. Sie ist zu 30 Prozent gehbehindert, die Krankheit äußert sich in Schüben. Manchmal liegt Lecomte drei Wochen flach.

Heute schleppt sie sich von Rollstuhl zu Krücken und zurück. Schritt für Schritt, Umdrehung für Umdrehung. Ihr Blick undurchsichtig, sie erzählt wenig von sich – bis sie über ihre Aktionen reden darf. Wobei sie darauf auch zu sprechen kommt, wenn sie gar nicht danach gefragt wird. Eine Flut an Sätzen ohne Punkt und Komma schwappt aus ihrem Mund. Durch ihren französischen Akzent klingen die riskanten Aktionen wie ein kindlicher Sing-Sang.

Ihre Aktionen folgen fast immer dem gleichen Muster: Lecomte hängt an einem Baum, amüsiert sich prächtig. Die Polizisten holen sich eine Genickstarre vom Hochschauen, sind hilflos. Und am Ende stellt der Richter das Verfahren ein, um Lecomte keine politische Bühne zu geben. „Ich könnte die Bußgelder auch einfach zahlen, aber ich mache aus Prinzip Stress“, erklärt sie.

Lecomte steckt mit ihrem Rollstuhl im sandigen Waldboden fest. Sie ordnet an, dass ihre Hängematte in der Hütte aufgehängt werden soll. So überspielt sie ihren Frust. Den Frust darüber, dass sie nicht wie die anderen oben in den Bäumen schlafen kann. „Wenn ich über Nacht raus muss, ist das nicht möglich.“ Sie kann nicht alleine aufstehen und schon gar nicht schnell vom Baum klettern.

Eine, die auf dem Baum schläft, ist Paula Maasz. Die 20-jährige Mathematik-Studentin ist Robin-Wood-Nachwuchs. Da kommt man um eines nicht herum: das Klettern. Gelernt hat sie es bei Lecomte. „Ich hab’ mich bei Cécile immer sicher gefühlt“, erklärt sie und bezeichnet Lecomte als „kompetente Ansprechpartnerin“, gibt aber zu: „Cécile ist nicht die einfachste und ruhigste Person. Sie kann manchmal schroffer

sein.“ Gespräche, die sich nicht um Aktionen drehen, gibt es zwischen den beiden nicht: „Party sind nicht so Céciles Ding.“ Paula half auch bei der Renovierung des Wohnprojekts in Lüneburg, in dem Lecomte lebt.

„Der Schmerz ist schon ganz schön krass.“

„Unser Garten sieht aus wie eine Mondlandschaft“, sagt Lecomte und lacht. Kiloweise Erde, Schaukeln und Holzbretter liegen um die Bauwagen herum. Einige der acht Bewohner leben in Bauwagen, andere im Haus. Allesamt „politaktiv“, wie Lecomte sagen würde. Hat sie auch Freunde, die keinen politischen Hintergrund haben? „Mir fällt niemand ein“, sagt Lecomte. Den Weg in ihr Zimmer markieren schwarze Klebestreifen links

und rechts so, dass der Rollstuhl genau durchpasst. „Meine eigene Rennbahn“, sagt Lecomte lachend. In dem markierten Bereich darf niemand etwas abstellen. Lecomte wohnt als einzige im Erdgeschoss. Ihr Zimmer: ein Bett, ein Schreibtisch, ein Schrank. An den Wänden hängen Bilder: Lecomte auf Bäumen, Bergen und Gebäuden. „Und natürlich ganz viele Eichhörnchen“, scherzt Lecomte. Eichhörnchen ist ihr Spitzname. Auf dem Computer ploppen Unmengen an E-Mails auf – verschlüsselt natürlich. Ein bisschen Angst vor der Überwachung durch den Staat schwingt immer mit.

Es gibt nicht viele Themen, bei denen sie Punkte und Kommas braucht, ihre Krankheit ist jedoch eines davon. Innerhalb von zwei Jahren wird ihr linkes Knie komplett zerstört sein. „Ich weiß, ich kann’s nicht aufhalten.“

Lecomtes Form von Protest: Klettern. „Ich kann mich vertikal besser fortbewegen als horizontal.“



Ihr glasiger Blick wandert durchs Zimmer. „Der Schmerz ist schon ganz schön krass, aber ich will das trotzdem“, beteuert Lecomte und meint das Klettern. Stille. Mit Tränen in den Augen schaut sie aus dem Fenster, herunter zur Katze auf dem Stuhl neben ihr. Sie reißt Mund und Augen auf. Spricht mit der Katze wie mit einem Kind. Hält sich an ihr fest. Thema Krankheit beendet.

Neues Thema: Hintergrundarbeit. Etwa zwei Drittel ihrer Zeit verbringt sie am Schreibtisch, den Rest bei Aktionen. Hintergrundarbeit, das heißt auch Vorträge vorbereiten, Prozessstrategien für Gerichtsprozesse erarbeiten, Artikel schreiben. Zum Beispiel für die linke Alternativzeitung *Graswurzelrevolution*. Redakteur Bernd Drücke unterstützt Lecomte finanziell als Pate über die *Bewegungsstiftung*: „Ich finde ihre Arbeit großartig. Sie hat es geschafft, eine gewaltfreie Aktionsform zu etablieren.“

Diese Aktionsform kann sie auf einer Protestveranstaltung in Gorbelen präsentieren. Sie sitzt mit anderen Aktivist:innen auf einer Bühne und erzählt: „Als ich das erste Mal das Wort Castor-Transport gehört habe, dachte ich: Wieso wollen die einen Biber transportieren?“ Castor ist das französische Wort für Biber. Es beeindruckte Lecomte, wie viele Leute gegen die Transporte auf die Straße gingen. Sie las sich ein und beschloss: Ich bin auch dagegen. Deklariert ist der Auftritt als Podiumsdiskussion, es ist aber eigentlich eher eine Plattform für Aktivist:innen.

Eine Bühne, die Lecomte zumindest vor Gericht oft niemand geben will. Sehr viele ihrer Verfahren wegen zivilen Ungehorsams werden eingestellt, bevor es



Hintergrundarbeit ist ein wichtiger Teil von Cécile Lecomtes Arbeit.

überhaupt zu einer Verhandlung kommt. Der Grund: Lecomte verwandelt Gerichtssäle in eine politische Bühne. Das gibt sie auch offen zu. Ihr Vorgehen vor Gericht bezeichnet sie selbst als „Konfliktstrategie“. „Umweltaktivistin brüllt Richter nieder“, nannte es die *Heilbronner Stimme* nach einer Verhandlung im April 2018. „Wenn ein Richter mich lobt, habe ich etwas falsch gemacht“, meint Lecomte. Dass sie sich selbst verteidigt, ist in Deutschland erlaubt. „Laienverteidigung“, wie Lecomte sie betreibt, ist möglich, solange es nicht um eine schwerwiegende Straftat wie Mord und Totschlag geht.

Hamburg-Harburg. Lecomtes Beine müssen nicht einmal strampeln, ihr E-Bike ist so schnell wie ein Mofa. Sie saust mit 30 Stundenkilometern durch die Stadt. Mit einem Ziel vor Augen: dem Atom-

transport. Der ist für sie so wichtig, dass sich der restliche Verkehr unterordnen muss. Sie ignoriert rote Ampeln und Fußgänger.

„Ah, von da oben wird man besser sehen“, murmelt Lecomte. Ihre Augen kleben an einem roten Aussichtsturm am Hamburger Hafen. Mit ihrer Sonnenbrille könnte man sie für eine Touristin halten. Dann aber hangelt sie sich an den Querstreben fünf Meter hoch – fast nur mit den Armen, ihre Kniegelenke schmerzen. Sie nimmt vom Turm aus einige Fotos auf – nicht für das Urlaubsalbum, sondern für ihre nächste Aktion. Sie will ein Atomschiff mit einem Schlauchboot stoppen. „Du kannst nicht aus Jux und Tollerei ein Atomschiff blockieren“, erklärt sie.

Im Jahr 2011 beschließt die Bundesregierung nach der Reaktorkatastrophe im japanischen

Fukushima, den Betrieb von allen Kernkraftwerken bis 2022 einzustellen. Trotzdem gab es laut einer Anfrage der Linken an den Hamburger Senat im Jahr 2017 noch 150 Atomtransporte. Für Lecomte sind das 150 Transporte mit Aktionspotenzial.

Lecomte richtet die Kamera auf Container des Firmengeländes C. Steinweg – eine der letzten Firmen in Hamburg, die Atomtransporte durchführt.

Im August 2014 stürmte Lecomte mit anderen Aktivisten das Gelände von C. Steinweg und handelte sich eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs ein. Drei Monate später blockierte sie einen Atomtransport, indem sie sich über den Gleisen direkt vor der Firma abseilte.

Sie versucht, den Staat als Ganzes auf die Anklagebank zu setzen.

Neben den Containern riecht es wie auf einem Gewürzmarkt – Safran und Oregano, ehe es plötzlich nach Benzin stinkt. Am schwarz-gelben Zeichen für Radioaktivität und einer vierstelligen UN-Nummer erkennt Lecomte Container mit Atommüll. Heute steht anstelle der Container ein Zug mit Autos. Es findet also kein Atomtransport statt – müsste sie sich darüber nicht eigentlich freuen? Lecomtes Gesicht bleibt ausdruckslos: „Froh bin ich nur, wenn ein Transport durch meine Aktion verhindert wird.“

Lecomte legt sich nicht nur mit C. Steinweg an, sondern vor allem mit den Behörden. Egal, ob Polizisten oder Richter, keiner will sich konkret zu der Aktivistin äußern. Auch Friedrich Niehörster, ehemaliger Polizeidirektor von Lüneburg,



Hier ignoriert Lecomte die Polizei – sonst legt sie sich mit den Behörden an.

wollte auf Anfrage von EINSTEINS nicht Stellung nehmen. Dabei war er es, der dem NDR 2010 in einem Interview über Lecomte sagte: „Absolut nervig und das ist absolut krank, was sie macht.“ Niehörster bezeichnete Lecomte als „Störfaktor“, dessen Aktivitäten man unterbinden müsse. Genervt sei die Polizei vor allem deshalb, weil Lecomte am Baum hängen bleibt und ihr etwas passieren könnte.

Heute revidiert die Polizeidirektion Lüneburg auf Anfrage von EINSTEINS die Aussagen von Niehörster. Lecomte sei kein „Störfaktor“. Solange sie sich bei ihren Aktionen an das Gesetz halte, dürfe sie sich ausleben. „Sollte sie die Grenzen jedoch überschreiten, hat die Polizei die Protestaktion zu unterbinden“, erklärt Pressesprecher Mathias Fossenberger.

Lecomte selbst weiß, dass sie sich oft in einer juristischen Grauzone bewegt: „Ich tue, was ich für sinnvoll halte und ob das dann juristisch korrekt ist, sieht man oft erst später.“ Hier merkt man, dass Lecomte Protest in Frankreich ge-

lernt hat: „Da wird zuerst gestreikt und dann geredet, in Deutschland ist das umgekehrt.“



Mehr zu Bewegungsarbeitern, ihren Paten und der Bewegungsstiftung auf einsteins-magazin.de

Die Streiklust brachte Lecomte mit nach Deutschland: Am 6. November 2008 besetzte Lecomte gemeinsam mit Robin Wood eine Brücke bei Lüneburg. Nachdem eine Spezialeinheit der Polizei die Aktivisten herunterholte, durften alle gehen – bis auf Lecomte. Die wurde festgenommen und musste vier Tage in Einzelhaft.

Ein Journalist, der Lecomte und die Castor-Transporte begleitet hat, meint: „Ich habe sie als äußerst klagefreudig erlebt und kann nachvollziehen, dass Beamte nichts sagen möchten, weil sie fürchten, dass auch sie mit Klagen überzogen werden.“ Auch der Reporter möchte seinen Namen nicht in Verbindung mit Lecom-

te lesen: „Man weiß nicht, was sie daraus macht.“ Zur Strategie der Aktivistin vor Gericht sagte er im Gespräch mit EINSTEINS: „Sie versucht, den Staat als Ganzes auf die Anklagebank zu setzen.“ Der Journalist gibt aber auch zu, dass es schon beeindruckend sei, mit welchem Engagement sie für ihre Anliegen eintritt.

Völlig erschöpft sitzt Lecomte im Zug zurück nach Lüneburg. Vom Klettern, Fahrradfahren und der fehlenden Barrierefreiheit. Kraft für ein bisschen Streit hat sie aber noch. „Haben Sie Ihre Fahrradkarte schon gezeigt?“, ruft die Kontrolleurin durch den Wagon. „JAAA!“, plärrt Lecomte. Hat sie nicht. Sie zückt ihre Karte, wedelt in der Luft damit herum. „Hier wollen Sie sie nochmal sehen?“

Konfrontieren, blockieren, protestieren: „Ich bin der Meinung, man muss auch Sand im Getriebe sein“, sagt Lecomte. Aber kann man damit etwas verändern? Ausprobiert hat es Lecomte auch mit der Politik. In ihrer Studienzeit war sie bei den Grünen in Bayreuth und Erlangen aktiv. Sie glaubt, dass man mit Aktivismus mehr erreicht.

Ihr Mitbewohner und Pate Christoph Podstawa sieht das anders. Seit November 2016 vertritt er die Linke im Kreistag Lüneburg. Podstawa findet, dass man durch die politische Arbeit „viel besser Diskurse setzen kann als mit Aktionen“. Im Gegensatz zu Lecomte versucht er, mehr Leute aus der bürgerlichen Mitte zu erreichen. „Cécile ist da konfrontativer.“ Aus Lecomte wird keine Politikerin mehr – eines wird sie aber bleiben: Störfaktor. ■

Aus der Recherche

Die Autoren waren auf Recherche in Hamburg so damit beschäftigt, einen Instagram-Post von ihren geliebten Klapprädern aufzunehmen, dass sie ihre Protagonistin kurzzeitig im Hamburger Hafen verloren, da diese mit ihrem E-Bike um einiges schneller unterwegs war.

Anzeige



Eichstätter Universitätsgesellschaft

Die Eichstätter Universitätsgesellschaft ist ein Freundes- und Förderkreis, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die KU bei der Verwirklichung ihrer wissenschaftlichen und kulturellen Ziele zu unterstützen. Neben jährlichen Preisen beim DIES für die besten Promotionen bzw. Habilitationen helfen wir vor allem bei Tagungen, Kolloquien und Exkursionen finanzielle Engpässe auszugleichen, die mit universitären Haushaltsmitteln nicht oder nur zum Teil finanziert werden können.

Wenn Sie bei diesen Aufgaben mithelfen wollen, können Sie zu einem Jahresbeitrag von 32 Euro Mitglied werden. Bitte untenstehende Angaben ausfüllen und per Post an Günter Harrer, Pflanzgarten 7, 85072 Eichstätt (mail: guenter.harrer@web.de) senden.

Name, Vorname, Adresse
IBAN.....

Ort, Datum

Unterschrift

EINSTEINS hat Wogegen würden Sie



© Julia Baumgart

Margot Käßmann

Die Theologin stößt mit ihren liberalen Positionen innerhalb der Kirche immer wieder auf Kritik. Zum Beispiel, als sie sich für offen geführte Partnerschaften homosexueller Pfarrer einsetzte.

„Gegen Rüstungsexporte und für den Frieden, gegen Rassismus und für eine positive postmigrantische Narration von Deutschland.“

Julia Engelmann

Sie gilt als Stimme der Generation Y. Mit ihrem Gedicht *One Day/Reckoning* Text sprach sie 2013 einer ganzen Generation aus der Seele.

„Für Menschenrechte im Allgemeinen. Wenn es möglich wäre, wäre ich, glaube ich, Gedankenaktivist und würde vor allem gegen ‚schlechte‘ Gedanken protestieren, weil sie die Wurzel vielen Übels sind.“



© Ben Wöhr



© ELKB/Rost

Heinrich Bedford-Strom

2011 verbrachte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland Heiligabend in einer Münchner Flüchtlingsunterkunft. Danach bedankte er sich bei den Flüchtlingen für deren Gastfreundschaft.

„Dass ich ein positives Verhältnis zum Protest habe, ist sozusagen in mein Amt eingebaut. Denn man nennt uns Evangelische ja auch ‚Protestanten‘. Die evangelische Kirche ist im 16. Jahrhundert aus dem Protest entstanden. Aus dem Protest dagegen, dass man aus einer Religion ein Geschäft gemacht hat. Auch heute gibt es viele Gründe zu protestieren: gegen eine Welt, in der jeden Tag 20 000 Menschen sterben, weil sie nicht das Essen und die Medizin haben, die sie zum Leben brauchen – obwohl genug davon da ist. Gegen die Missachtung der Würde des Menschen durch Krieg, Gewalt, politische oder religiöse Verfolgung. Gegen die Zerstörung der Natur, die wir Christen doch als Schöpfung Gottes sehen. Es ist wichtig, dass wir uns aus alledem nicht raushalten, sondern uns einmischen. Zum Beispiel durch Protest gegen das, was falsch läuft, aber auch durch aktives Engagement für die besseren Alternativen.“

Prominente gefragt: auf die Straße gehen?

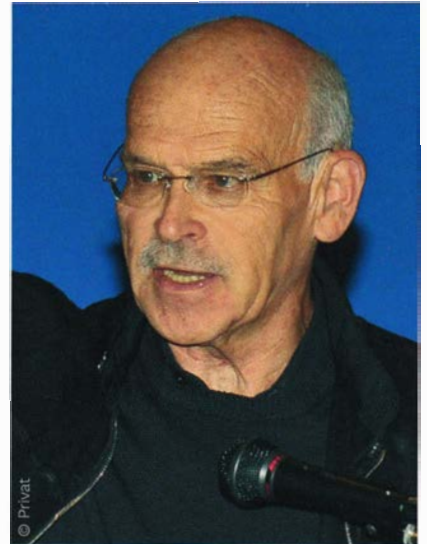
von **Michael Eham**

Günter Wallraff

Der Journalist versteckte den islamkritischen Schriftsteller Salman Rushdie bei sich, nachdem der iranische Revolutionsführer Khomeini eine Fatwa gegen Rushdie ausgesprochen hatte – was einem Todesurteil gleichkommt.

„Protest, wie ich ihn verstehe, soll möglichst konkret und persönlich sein. Wenn ich protestiere, zeige ich Präsenz, mache mich kenntlich, setze ich mich selber aus. Das kann mit Gefahr verbunden sein, dann halte ich meinen Kopf hin.

Ein Beispiel: Um Schicksale politischer Gefangener in Erfahrung zu bringen, die während der Militärdiktatur in Griechenland als verschollen galten und um die Zustände im Land wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, reiste ich 1974 nach Athen. Ich anonymisierte mich als griechischer Arbeiter, kettete mich vor dem weggeputschten Parlament an einen Lichtmast und begann, Flugblätter zu verteilen. Darin forderte ich in griechischer, deutscher und englischer Sprache unter anderem die Freilassung politischer Gefangener und freie Wahlen. Ich hatte vor meiner Abreise ein Testament hinterlegt, weil ich mit allem rechnen musste. Das Vorhersehbare trat ein: Ich wurde an Ort und Stelle von Geheimpolizisten zusammengeschlagen und in späteren Verhören gefoltert. Ein Militärgericht verurteilte mich dann zu einer 14-monatigen Gefängnisstrafe.“



„Protest verlangt sinnliches Handeln,
das über das nur gedankliche Durch-
dringen eines Problems hinausgeht.“

Günter Wallraff

Protest verlangt sinnliches Handeln, das über das nur gedankliche Durchdringen eines Problems hinausgeht. Ich gewinne ein tieferes Verständnis der Situation, wenn ich mich ihr mit Risiko – und unter Umständen auch Gefahr für Leib und Leben – aussetze. Wer in diesem Sinne protestiert und Zeugnis ablegt, nimmt intensiver wahr und wird intensiver wahrgenommen. Man fordert nicht nur sich selbst, man fordert auch andere heraus – und man erreicht eine Reaktion auf eine nachdrücklichere Weise als durch noch so eindringliches Reden.“

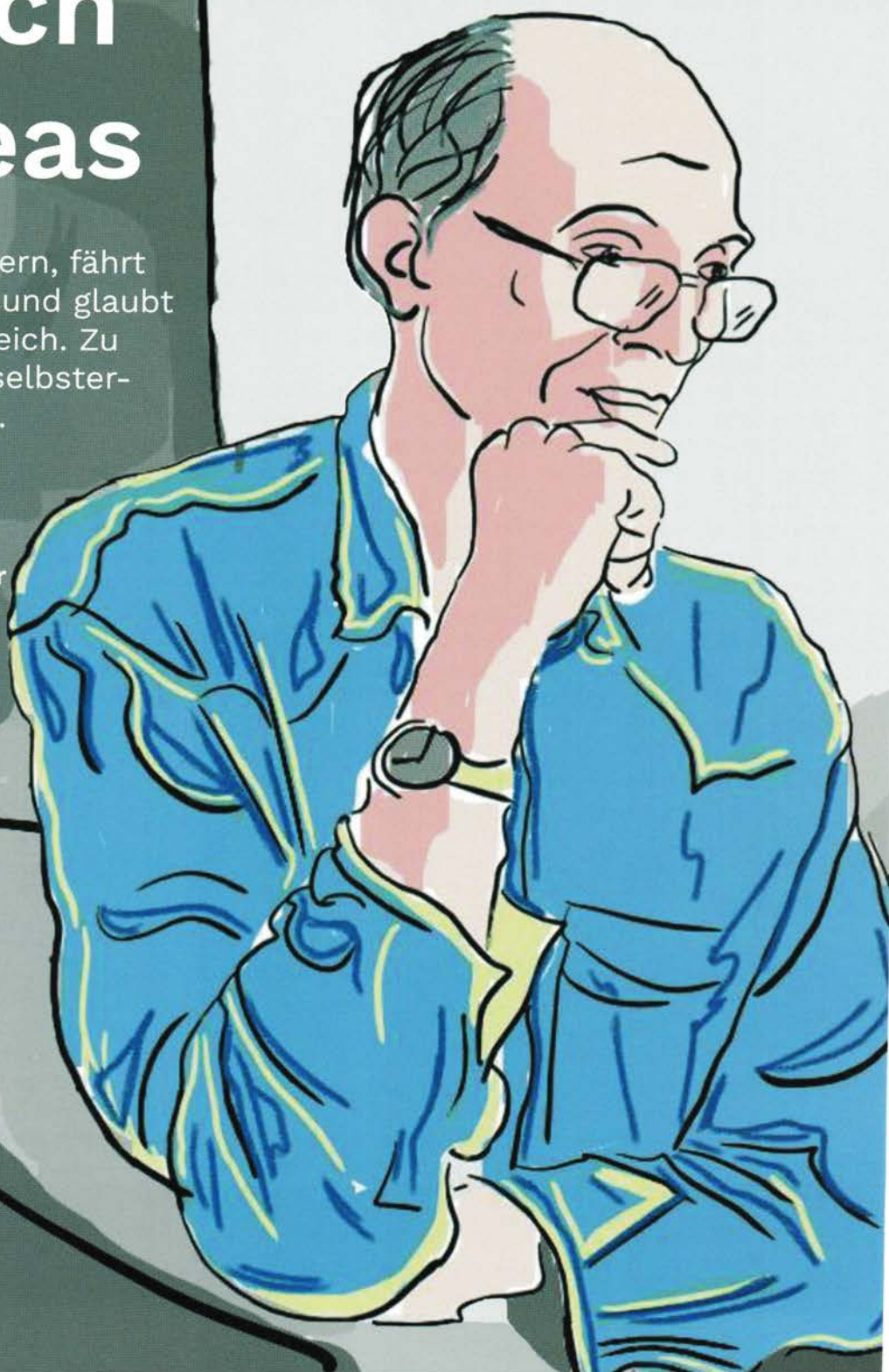
Weitere Statements findet ihr auf den Seiten 36/37 und 54/55.

Mensch Andreas

Er zahlt keine Steuern, fährt ohne Führerschein und glaubt an das Deutsche Reich. Zu Besuch bei einem selbsterklärten Staatsfeind.

von **Thomas Balbierer**
Markus Renz
Tim Ruben Weimer

Illustrator **Pascha Port**



Deutschland ist tot. Gefallen in einem Krieg, der jahrelang in Andreas P.s Kopf tobte. Eine Schlacht zwischen Lüge und Wahrheit. Andreas P. ist sicher: Die Wahrheit hat gewonnen. Er hat die Bundesrepublik aus seiner Wirklichkeit gelöscht und im Vorgarten seines Hauses eine schwarze Flagge gehisst. Ein letzter Gruß an einen Staat, an den P. nicht mehr glaubt. Am selben Mast, direkt über dem schwarzen Tuch, weht ein weiteres Stück Stoff: eine schwarz-weiß-rote Reichsflagge. Sie markiert die Welt des Andreas P.

In dieser Welt existiert die Bundesrepublik Deutschland nicht. Ihre Gesetze und Behörden haben keine Macht. Deutschland ist versklavt und noch immer von den Alliierten besetzt. Andreas P. sieht sich längst nicht mehr als Bürger dieses falschen Staates. Am 1. Februar 2016 hat er sich endgültig von ihm losgesagt und seine Existenz als „Mensch und beseeltes Wesen“ begonnen. So steht es in P.s selbstverfasster „Lebenderklärung“, die er an die Behörden verschickt.

Der Staat, den es in Andreas P.s Augen gar nicht gibt, lässt sich aber nicht so einfach für tot erklären. Er geht gegen den 51-jährigen Reichsbürger vor. Gegen P. laufen mehrere Verfahren, einmal musste er sogar für vier Wochen ins Gefängnis. Die Staatsleugnung hat ihn gesellschaftlich isoliert und an den Rand des finanziellen Ruins getrieben. Wer ist dieser Mann?

Der erste Besuch in der Welt des Andreas P. findet an einem sonnigen Samstag im Mai statt. P. wohnt in einem kleinen Dorf, zehn Autominuten vom oberbayerischen Eichstätt entfernt. Sein Grundstück mit großem Haus, einer Garage und den wehenden

Flaggen im Garten liegt etwas verborgen am Ende einer gepflasterten Auffahrt. Das Schiebetor zu P.s Hof ist an diesem Tag weit geöffnet. Der Impuls, den Hof zu betreten, wird aber jäh erstickt. Über dem Garagentor warnt ein Schild in roter Schrift: „Deutsches Reich Stopp BRD GmbH“. Wir klingeln. Andreas P. öffnet sofort, tritt barfuß aus dem Haus und schlendert auf uns zu. Ein Mann mit wenig Haar und einer großen Zahnücke, dessen dürrer Körper unter seiner verschlissenen Kleidung fast verschwindet. „Sind Sie Herr P.?“, fragen wir. „Einen Herrn P. gibt es nicht“, sagt er und lässt seine Worte einen Moment wirken. „Ich bin der Mensch Andreas.“

„Wenn ihr das Wissen, das ihr bekommt, falsch anwendet, seid ihr tot.“

Wer die Menschen im Dorf auf Andreas P. anspricht, erntet skeptische Blicke. Zum Beispiel im Biergarten. „G'hörts ihr auch zu denen?“, fragt ein älterer Mann und mustert uns von oben bis unten. Wen er damit meint, fragen wir. „Na, die Reichsbürger!“ Eine Nachbarin, die auf keinen Fall namentlich erwähnt werden will, steht an ihrem Gartenzaun und sagt: „Also, grüßen tut er immer. Ab und zu geht er auch in die Kirche.“ Trotzdem: Mit den Ansichten ihres Nachbarn will die Frau nichts zu tun haben. So geht es auch den Landwirten, die einen Kartoffelacker der Familie P. gepachtet haben. Ab und zu gehen sie mit P. gemeinsam aufs Feld und ernten Gemüse, sagt die Bäuerin. Er sei „immer hilfsbereit“, ein „netter Mensch“ und „guter Nachbar“. Aber über sein Weltbild weiß die Frau so gut wie nichts: „Wir sprechen nicht darüber.“ Der

Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr im Dorf hat dem Mann sogar verboten, im Verein über seine Ansichten zu sprechen. P. ist seit über 30 Jahren in der Feuerwehr aktiv und war eine Zeit lang zweiter Kommandant. Bei Einsätzen sei P. „absolut zuverlässig“, sagt der Kommandant. Auf Festen lasse er sich jedoch nie blicken.

Auch bei unserem ersten Besuch will der 51-Jährige schnell zurück ins Haus. Er führt uns direkt an den Küchentisch im ersten Stock, vorbei an einer Wand mit großem Kruzifix. Wir nehmen Platz. Es ist drückend warm, die Mittagssonne knallt auf die Dachschräge, unter der wir sitzen. Das Fenster ist geschlossen, es riecht nach Schweiß und Essensresten. Auf dem Tisch liegen Lebensmittelpackungen, Fischkonserven und Papiere. Die Wohnung ist mit rustikalen Holzmöbeln eingerichtet, in manchen Ecken stapeln sich Aktenordner.

Wir haben kaum Platz genommen, da legt uns P. ein Blatt Papier vor, verteilt Kugelschreiber und ein rotes Stempelkissen. „Lest's des und unterschreibt's“, befiehlt er. Darauf steht: „Ehrencodex zum privaten Austausch mit andreas, p.“ Es folgen neun Paragraphen, sprachlich wirr und für Journalisten teilweise unzumutbar. Zum Beispiel Paragraph II: „Handschriftliche Anfertigungen sind gestattet und müssen, sofern private Interessen betreffen vom manne andreas freigegeben werden.“ Den Vertrag sollen wir nicht nur unterschreiben, sondern auch mit einem Fingerabdruck besiegeln. Wir weigern uns. P. sagt: „Wenn ihr das Wissen, das ihr heute bekommt, falsch anwendet, seid ihr tot. Und ich vielleicht auch. Dieser Vertrag soll euch und mich schützen.“

Wir unterschreiben nicht. Stattdessen einigen wir uns darauf, P.s Äußerungen mit journalistischer Sorgfalt zu behandeln.

Was uns P. in den kommenden Stunden am Küchentisch seines Hauses vermitteln will, was er selber immer wieder „die Wahrheit“ nennt, kann ohnehin nicht nachvollziehbar wiedergegeben werden. Er hangelt sich von einem Gesetzestext zum nächsten, spricht von vatikanischem Recht, Seerecht, den Zehn Geboten, der Johannesoffenbarung, kombiniert Halbsätze aus dem deutschen Recht mit Halbsätzen aus dem Kirchenrecht. Er tippt wahllos Paragraphen aus dem Strafrecht in seinen Laptop, nennt Internet-Adressen, YouTube-Kanäle, wälzt stapelweise Bücher und wedelt mit dem bunten Esoterik-Magazin 2000plus herum, das übrigens von einer Reichsbürgerin herausgegeben wird.

Immer wieder amüsiert er sich über unser Unwissen.

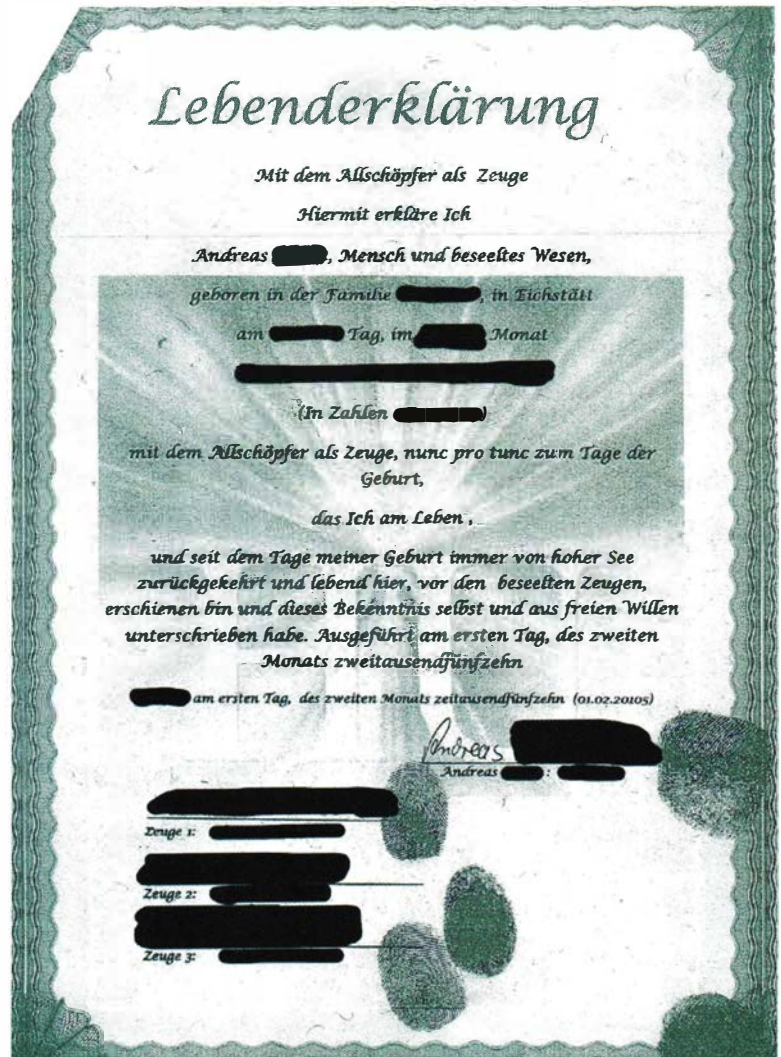
P. greift zu einem kleinen Büchlein und hält es uns entgegen. „Ist das gültig?“, fragt er erwartungsvoll. Es ist eine aktuelle Ausgabe des Grundgesetzes. Ja, sagen wir. „Falsch!“, ruft er triumphierend und blättert in dem Esoterik-Heft zu einem Artikel. Das Grundgesetz ist ungültig, steht dort. „Scheeeeiß, oder?“ P. freut sich. Immer wieder amüsiert er sich über unser Unwissen. Beweise für seine Theorien findet er überall. Deutsches Staatsrecht? Gibt es nicht, hier das YouTube-Video. Die BRD? Eine GmbH, kann man doch in diesem Blog lesen. „Es steht alles da drin!“, ruft er mit weit aufgerissenen Augen und meint alle seine Bücher,

Hefte und Internetseiten. „Man muss nur suchen!“

Kriminalpsychologe Jan-Gerrit Keil hat das Reichsbürger-Phänomen aus psychologischer Sicht analysiert. Er arbeitet in der Abteilung Staatsschutz des Landeskriminalamtes Brandenburg (LKA) in Eberswalde. Keil schreibt in einem Beitrag für den Sammelband *Reichsbürger – Ein Handbuch*: „Bei vielen ‚Reichsbürgern‘ lassen sich ein übersteigerter Hang zu Verschwörungsfantasien und eine Vorliebe für umständli-

che Erklärungsgebäude erkennen.“ Die Betroffenen erschaffen sich eine Ideologie, in der sie die Unüberschaubarkeit der Welt reduzieren. Eine Welt, in der alles, was passiert, erklärbar wird. „Aber die Welt kann nun mal auch ungerecht und irrational sein“, sagt Keil.

Eine wahnhaftige Erkrankung kann dieses Weltbild noch verstärken. Der Kriminalpsychologe beobachtet bei Reichsbürgern immer wieder wahnhaftige Erkrankungen. Wahn kann Folge einer Schizophrenie, Depression oder Angst-



Selbstverfasste „Lebenderklärung“ des Andreas P.

störung sein und funktioniert wie ein Abwehrmechanismus. „Im Wahn geht es den Betroffenen ja gut“, sagt Keil. Doch je stärker der Wahn ausgeprägt ist, desto schwieriger wird es, den Betroffenen in die Realität zu holen.

Fragen zu seinem Privatleben beantwortet Andreas P. nur sehr knapp. Er lebt in einem Haus mit seinen drei erwachsenen Söhnen. Bei unserem ersten Besuch spielen zwei von ihnen im Nebenzimmer Videospiele, man hört Jubelrufe und Frustschreie. Teilen sie seine Ansichten? „Ich habe meinen Söhnen alles beigebracht, was ich ihnen beibringen konnte“, sagt der Vater vieldeutig. Ein Nachbar berichtet, dass sie manchmal genug von dem Unsinn ihres Vaters hätten. Die Söhne selbst wollen sich auch nach wiederholten Kontaktversuchen nicht äußern.

„Die haben mein Auto aus dem deutschen Reichsgebiet geklaut!“

P.s Ehefrau ist vor vier Jahren gestorben. Fragen dazu weicht P. immer wieder aus. Im Dorf heißt es, sie litt an Krebs. Der Verlust seiner Frau könnte für P. wie ein Katalysator gewirkt haben, erklärt der LKA-Psychologe Jan-Gerrit Keil. Auch in seinem Umfeld sagen manche, dass sich P. seitdem noch eigenartiger verhalte. Er selbst hat den Tod der Frau in seine widerspruchsfreie Welt integriert. Sie sei krank geworden, weil sie nicht an die Wahrheit glauben und lieber in einer Lüge weiterleben wollte, ist P. überzeugt.

Wie lange er die BRD schon für eine Lüge hält, kann P. gar nicht mehr sagen. „Ich wusste schon in der Schule, dass etwas nicht stimmt“, erklärt er. Hinter seine

Wahrheit kam er Stück für Stück. Die Suche begann vor mehr als zehn Jahren mit dem Buch *Das Deutschland Protokoll*. Der Stoff liest sich wie eine Anleitung für Reichsbürger: „Jede Inhaftierung, jede Verurteilung, jede Anklage, jeder Mahn- und Bußgeldbescheid, jede Ordnungswidrigkeit seitens der BRD ist illegal.“ Der Autor ruft zum Ungehorsam auf: „Nerven wir jede uns in den Sinn kommende Behörde.“

Andreas P. hat viele solcher Bücher. Wenn er, am Küchentisch sitzend, aus einem davon zitiert, überschlägt P. seine Beine, legt das offene Buch in den Schoß, rückt seine Brille zurecht und hebt den Zeigefinger – wie ein Lehrer, der seinen Schülern etwas Wichtiges beibringen will.

P. arbeitet bei einem Autohersteller. Seine Arbeitsstunden hat er auf die Hälfte reduziert, um sich der Einkommenssteuer zu verweigern. „Ich zahle nichts, was illegal ist“, sagt er und lässt den Satz wie eine Selbstverständlichkeit klingen. Dass er keine Steuern zahlt, hat ihm schon mehrere Verfahren am Amtsgericht Ingolstadt eingebracht und sogar vier Wochen Haft, zum Teil in Einzelhaft. So schildert es P. Weder das Amtsgericht noch die Staatsanwaltschaft in Ingolstadt wollen das kommentieren. Die Staatsanwaltschaft soll nach EINSTEINS-Informationen schon das nächste Verfahren gegen P. vorbereiten.

Die Liste seiner Vergehen kann nur unvollständig rekonstruiert werden: Das Finanzamt fordert von P. nach dessen eigener Angabe eine Steuerrückzahlung im niedrigen fünfstelligen Bereich. Das Geld holt sich der Staat durch Lohnpfändungen zurück. Am Vormittag des 3. Mai hat die Polizei

Wie viele Reichsbürger gibt es in Deutschland?

Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht in einer Analyse von Ende März von etwa 18 000 Anhängern aus – davon rund 4 000 in Bayern. Im Gebiet des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord mit etwa 1,5 Millionen Einwohnern gab es Anfang April 417 bekannte Reichsbürger und Reichsbürgerinnen und 366 Fälle, die noch zu prüfen waren. Der überwiegende Teil ist männlich. Das teilt das Polizeipräsidium auf EINSTEINS-Anfrage mit. Im Landkreis Eichstätt gab es zu diesem Zeitpunkt 22 bestätigte und 40 zu prüfende Fälle, in der Stadt Ingolstadt waren es 32 bestätigte und 25 zu prüfende. Die Zahlen seien, so Pressesprecher und Polizeihauptkommissar Peter Griefßer, eine „Momentaufnahme“.



Der 51-Jährige wohnt in einem Dorf in der Nähe von Eichstätt. Die Einwohner meiden den Mann weitgehend.

außerdem P.s Fiat sichergestellt. P. war ohne gültigen Führerschein unterwegs. In einem Dokument des Landratsamtes Eichstätt findet sich der Vermerk: „Es besteht aktuell keine deutsche Fahrerlaubnis.“ Die brauche er auch nicht, ist P. überzeugt, da er sich außerhalb des deutschen Rechts befinde. Dass die Polizei sein Auto beschlagnahmt hat, um weitere Straftaten zu verhindern, erkennt er nicht an: „Die haben mein Auto aus dem deutschen Reichsgebiet geklaut!“

E
ONLINE

Tobias Ginsburg hat unter Reichsbürgern recherchiert. Ein Interview findet ihr auf einsteins-magazin.de

Am 14. Dezember 2016 ordnete das Amtsgericht Ingolstadt per Beschluss eine Hausdurchsuchung wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz an. Im Beschluss heißt es: „Aufgrund des Umstands, dass der Beschuldigte nach eigenen Angaben die Rechtsordnung nicht anerkennt und angab, dass er die Waffen einsetzen werde, falls in Deutschland ein Zustand der Anarchie eintrete, besteht der Verdacht, dass der Beschuldigte auch im Besitz von

erlaubnispflichtigen oder verbotenen Waffen ist.“ Nach Schilderungen von P. stürmte die Polizei das Haus und brach den Tresor im Keller des Hauses auf. Sie stellte die dort gelagerten Messer, Signalpistolen und eine Armbrust sicher. Auch in dieser Aktion sieht der 51-Jährige ein unrechtes Handeln der Behörden. Er habe nur legale Waffen besessen.

Spätestens seit Oktober 2016 gehen die deutschen Behörden verstärkt gegen Reichsbürger vor. Damals schoss ein Mitglied der Szene auf die Polizei, die das Haus des Mannes im mittelfränkischen Georgensgmünd durchsuchen wollte. Ein Beamter kam ums Leben. Das Landgericht Nürnberg-Fürth hat den Schützen in erster Instanz wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Schüsse von Georgensgmünd rückten die Reichsbürger zum ersten Mal ins Zentrum öffentlichen Interesses.

Ist Andreas P. eine Gefahr? Bei unseren Begegnungen erleben wir den Mann zwar als überzeugt, rechthaberisch, manchmal penetrant. Aggressiv oder gewalttätig wird er aber zu keinem Zeitpunkt. „Ich bring’ die Wahrheit ans Tageslicht“, sagt er zu uns, „es liegt an euch, was ihr daraus macht.“

Die Polizei stürmte das Haus und brach den Tresor im Keller auf. Sie stellte die gelagerten Messer, Signalpistolen und eine Armbrust sicher.

Anzeige



Getränke Fuchs

SEIT 1930

www.fuchs-anton-getraenke.de



Rund um das Haus weisen Schilder auf die Ansichten des Mannes hin.

Wie gefährlich sind Reichsbürger?

Der Verfassungsschutz schreibt ihnen in einer Analyse „eine hohe Affinität zu Waffen“ zu. Reichsbürger seien „oftmals gewaltorientiert. Dabei sehen sie sich selbst als vom Staat verfolgt und berufen sich auf eine angebliche Notwehrlage.“ *Der Spiegel* berichtete im April über ein internes Papier von Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz. Demzufolge haben Reichsbürger zwischen 2015 und Mitte 2017 mehr als 10 500 Straftaten begangen. Die Behörden führen immer wieder Razzien gegen die Szene durch.

Als wir ihn im Mai treffen, ist er krankgeschrieben. Sein Arzt hat ihm ein Beruhigungsmittel verschrieben. Auch körperlich scheint es dem 51-Jährigen nicht gut zu gehen, seine Wangen sind eingefallen, unter seinen Augen liegen tiefe Schatten. Innerhalb eines Monats trägt er bei jeder unserer Begegnungen dieselbe blaue Arbeitshose mit Schmutzflecken und dasselbe blaue Jeanshemd, das an den Ärmeln bereits ausfranst. Er isst nicht viel. Das Geld, das ihm nach den Pfändungen bleibt, steckt er in sein Haus. Das Dach zum Beispiel hat er nachträglich gegen Stürme gesichert.

Er kann den Kampf gegen das Böse nicht gewinnen.

Er rüstet sich. Denn Andreas P. glaubt, dass die Welt kurz vor der Apokalypse steht. Bürgerkrieg, Finanzcrash, dritter Weltkrieg. So lautet sein Dreiklang für die Zukunft. Er spricht von einer „Neuen Weltordnung“, die die Men-

schen enteignen und versklaven wird – eine beliebte Verschwörungstheorie unter Reichsbürgern. Und dann? „Ich weiß nicht, was das Ende für mich bedeutet“, sagt der Mann in einer Mischung aus Gleichgültigkeit und Schicksalsergebenheit. „Ich habe keine Angst vorm Sterben.“

„Für diesen Mann geht gerade die Welt unter“, sagt Jan Rathje, Rechtsextremismus-Forscher bei der *Amadeu Antonio Stiftung* und Autor des Buches *Reichsbürger, Selbstverwalter und Souveränisten*. „Da schrillen bei mir alle Alarmglocken!“ Rathje hat sich wissenschaftlich mit der Frage auseinandergesetzt, warum Menschen an eine „Weltverschwörung gegen die Deutschen“ glauben. Grundlage sei ein zweigeteiltes Weltbild, mit dem sich die Anhänger der Ideologie widerspruchsfrei identifizieren können.

Rathje spricht von einer „Einteilung der Welt in die Mächte des Guten und die Mächte des Bösen“. Andreas P. stehe in seinem eigenen Weltbild auf der Seite des „ab-

solat Guten“, so Rathje. Der Staat sei das Böse. „Doch er kann den Kampf nicht gewinnen.“ P. verschulde sich immer weiter gegenüber dem Staat, der seinerseits immer repressiver reagiere. „Dieses permanente Scheitern kann einen Menschen psychisch fertig machen“, sagt Rathje und warnt vor einer weiteren Radikalisierung. „Das schreit nach psychologischer Unterstützung.“

Einmal fragen wir Andreas P., ob er sich nicht wünsche, die Wahrheit, von der er spricht, nie entdeckt zu haben. Ja, sagt Andreas P., das Wissen habe sein Leben stark beeinträchtigt. Dann setzt er hinzu: „Wenn du aber erfährst, dass du in der größten Lüge des Jahrhunderts lebst, kannst du dich entscheiden, ob du in der Lüge weiterleben willst oder dich für die Wahrheit entscheidest.“

Andreas P. hat sich entschieden. ■

Aus der Recherche

Den Autoren erklärte Andreas P., warum ihre Journalisten-Ausbildung keinen Sinn mache: Laut Journalisten-Gesetz müssten bis 2099 ohnehin alle Texte zensiert werden. Als sie P. nach dem ihnen unbekanntem Gesetz fragten, konnte er es plötzlich nicht mehr finden.



gestalten
fördern
forschen
informieren

Genehmigung privater Angebote

Forschung **Fernsehen** Aufsicht

Technische Verbreitung Veranstaltungen

Medienkompetenz Radio

Bürgerkommunikation Jugendschutz

Vielfaltsicherung Digitale Innovationen

Medienstandort Bayern **Internet**

Aus- und Fortbildung **Programmförderung**

www.blm.de

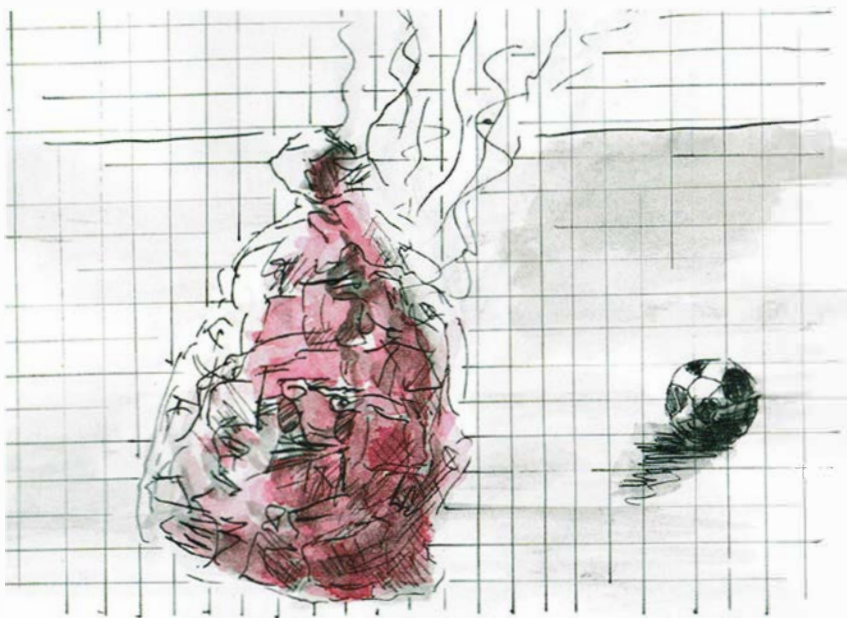


Protesta curiosa!

Windeln, Zeugnisse, Esel: Ihr glaubt ja gar nicht, was der Mensch alles für Protest nutzt, wenn ihn etwas so richtig aufregt. Eine Übersicht.

von **Bastian Mühling**

Illustrator **Oliver Barisic**



Mit Windeln zum Klassenerhalt

Aufreger-Thema Nummer eins: Fußball. Selbst der biederste Beamte kann sich über diesen Sport echauffieren. Manchmal ist man als Fan das Leiden mit dem Lieblingsverein so leid, dass man beschließt: Jetzt müssen die Spieler leiden. Das dachten sich die Fans des Bundesligisten VfL Wolfsburg im Abstiegskampf der Saison 2017/18. Am Zaun des Trainingsgeländes hängten sie eine große Mülltüte mit vollen Windeln auf. Daneben folgender Zettel: „Scheiße für Scheiße“. Und der Hinweis: „DAS entstand mit mehr ARBEIT & LEIDENSCHAFT“ – eine Anspielung auf das Vereinsmotto der Wolfsburger: „Arbeit, Fußball, Leidenschaft“. Wenn auch nicht der Fußball, so kehrten zumindest Arbeit und Leidenschaft in die Mannschaft zurück. Wolfsburg wendete den drohenden Abstieg in der Relegation ab – wer weiß, was den Kickern beim Gang in die zweite Liga geblüht hätte.

Zwei Eselsstärken

Tiere und Autos haben eine besondere Beziehung – ganz gleich, ob damit der Jaguar oder die Pferdestärken gemeint sind. Zu diesem illustren Kreis gesellt sich jetzt auch noch der Esel. Auf den ersten Blick bringt der fast gar nichts mit, was man sich von einem Auto erträumt: Dumm, störrisch und faul soll er sein.

Vertraut man aber Planet Wissen und der Welttierschutzgesellschaft, gehören in Wahrheit Edelmut, Loyalität und Zuverlässigkeit zu des Esels Stärken.



Und: „Wittert er eine Bedrohung, so wägt er zunächst die Lage ab und stellt sich furchtlos jeder Gefahr. Dabei riskiert er seine Haut auch mal für andere“, erklärt die *Welttierschutzgesellschaft*, ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin, auf ihrer Website.

Nur die Schnelligkeit fehlt ihm halt, dem Esel. Damit hat er schon mal eine Gemeinsamkeit mit dem Kundenservice von Škoda – zumindest aus Sicht eines Inders. Seine Beschwerden beim Autohersteller wurden nach eigenen Angaben allesamt ignoriert. „Seit ich es gekauft habe, macht das Fahrzeug Probleme“, erklärte der genervte Kunde gegenüber Reuters. Also spannte der Inder zwei Esel vor sein Auto und ließ sich durch Ludhiana, eine Stadt im Norden Indiens, kutschieren. Die Esel hielten – loyal wie sie sind – durch. Riskierten ob der permanenten Gefahr herausschlagenden Blechs ihre eigene Haut. Nur das Tempo war etwas dürftig.

Bauchklatscher mit Fahrrad

Klar, im Leben steht man vor vielen Abgründen – Klippenspringen, Free-Fall-Tower (meist alkoholisiert) oder der erste Sprung vom Fünf-Meter-Turm. Aber freiwillig mit seinem Fahrrad in den verdreckten Main springen? Dafür muss man schon ziemlich geladen sein. Vier Radfahrer protestierten im Mai 2018 mit dieser Aktion für eine bessere Fahrrad-Infrastruktur in Frankfurt. Die Radfahrer nahmen Anlauf wie Turmspringer, schwebten kurz mit dem Fahrrad in der Luft und klatschten schließlich in den Main – mal elegant mit einem Köpfer, mal ging der Aufprall eher in Richtung Bauch. Nach dem Sprung wurden zunächst die Fahrräder aus dem Fluss gezogen, erst danach die furchtlosen Radfahrer mit einem Rettungsring. Im Straßenverkehr fühlten sich die Radfahrer angesichts der vielen Autos unsicher. Ob allerdings der Fahrrad-Sprung in den kalten, dreckigen Main frei von jeglicher Gefahr ist, sei hier mal dahingestellt.



Mit dem Rücken zum Ball

Elf Minuten und 27 Sekunden – so viel Zeit verging in Vietnam zwischen dem Pfiff und der Ausführung eines Elfmeters. Grund: Die Kicker von Long An FC weigerten sich im Spiel gegen Ho Chi Minh City weiterzuspielen, weil sie die Schiedsrichterentscheidung nicht nachvollziehen konnten. Da standen sie nun also alle an der Seitenlinie, verschränkten die Arme, während der Schiedsrichter verzweifelt versuchte, die Fußballer zurück aufs Feld zu bekommen – auch den Torwart, der ja bei einem Elfmeter keine unbedeutende Rolle spielt.

Nach gut elf Minuten stellte sich Keeper Nguyen Minh Nhut doch noch ins Tor – aber mit dem Rücken zum Elfmeterschützen. Der Ball kullerte widerstandslos zum 3:2 für Ho Chi Minh City ins Tor. Es entwickelte sich die Parodie eines Fußballspiels: Wie Fahnenstangen standen die Spieler von Long An FC auf dem Rasen. Zehn Minuten Nachspielzeit leuchteten auf der Anzeigetafel. Umso erstaunlicher, dass für Ho Chi Minh City nur ein 5:2 herausrang. Sagen wir es mal so: Wahrscheinlich hatten sie auch keine Lust mehr.



Zünd mir mal n' Zeugnis an!

Treffen sich zwei Schüler und rauchen ihr Zeugnis. „Boah“, stöhnt der eine, „das tut richtig gut gegen den Stress und den Druck und so.“ Sagt der andere: „Ja Mann, diese scheiß Prüfungen! Noten für Aufmerksamkeit und Fairness wären viel besser.“ Keine Pointe.

So oder so ähnlich stellte sich ein besorgter Berliner Vater, der sich selbst George Papa nennt, seine Aktion vor. 2014 rief er mit der Berliner *Leonidas-Net-Stiftung* auf der Internetseite *unschulbar.net* dazu auf, die Schulzeugnisse aufzurollen, anzuzünden und zu rauchen. Aber keine Sorge, auch um die Nichtraucher kümmerte sich George Papa: Man könne die Zeugnisse auch zerreißen, Hauptsache sie sind am Ende nur noch Papierfetzen.



Dem *Spiegel* sagte Papa, dass das jüngste seiner vier Kinder bald in die Schule komme und er sich deshalb Sorgen um dessen Wohl mache. Die Schule sei nur dazu da, „funktionierende Arbeiter und Angestellte“ heranzuziehen. Unter dem Motto „Du bist nicht deine Schulnoten“ wollte die Initiative durch ganz Deutschland fahren und dazu animieren, Zeugnisse anzuzünden. Kurz vor der Zeugnisvergabe blies Papa die Tour ab. Offiziell aus organisatorischer Überforderung, vielleicht war ihm aber auch der Druck so kurz vor seiner eigenen „Prüfung“ zu viel.

Lehm mich doch

Die Wörter stiller Protest und G20-Gipfel in einem Atemzug zu nennen, fühlt sich irgendwie komisch an. Aber gut, wenn der ganze Körper mit Lehm eingeschmiert ist, fehlt vielleicht einfach die Kraft, nebenbei noch ein paar Steine zu werfen. Zwei Tage vor dem Treffen der G20 in Hamburg marschierten rund 1000 Menschen schweigend durch die Hamburger Innenstadt – wie Zombies, die im Nachhinein betrachtet das Gipfel-Desaster ankündigten.

Bei der künstlerischen Protestaktion standen die Lehmgestalten „für eine Gesellschaft, die sich ihrer Hilflosigkeit vor den komplexen Zusammenhängen der Welt ergeben hat und in der der Einzelne nur noch für das eigene Vorankommen kämpft“, hieß es in einer Mitteilung der Initiatoren des Kollektivs *1000 Gestalten*. Einige Molotowcocktails später sprach niemand mehr von der „Hilflosigkeit vor komplexen Zusammenhängen“, sondern nur noch von der Hilflosigkeit der Polizei.



Viel Lärm um das Fan Fest



Studierende aus Moskau lehnen die WM-Fanzone am eigenen Uni-Campus ab und legten sich deshalb mit der FIFA an. Ein Besuch auf dem umstrittenen Fan Fest.

von **Janine Koppehele**
Valérie Nowak
Talitha Waitzinger



Maschas Rehaugen kleben am Asphalt. Die Soldaten der russischen Nationalgarde stehen wie Schachfiguren am Straßenrand. Mascha zieht schützend ihre Schultern hoch und wendet sich ab. Vor der Kulisse der Staatlichen Universität Moskau (MSU) wirkt die 26-Jährige klein und unscheinbar. Die Doktorandin der Linguistik stiehlt sich vom Gelände in den Schutz eines Parks. Der Wind raschelt durch das Dickicht der Blätter, der Bass wummert. „Welcome to FIFA Fan Fest!“, scheppert es durch die Megafone aus Richtung des Hauptgebäudes. Über die Leinwände flackert das Gruppenspiel zwischen Portugal und Marokko, gerade hat Cristiano Ronaldo das 1:0 erzielt. Eigentlich möchte Mascha das Fan Fest überhaupt nicht betreten – das Fest, gegen das sie über ein knappes Jahr protestiert hat.

Während der Fußball-Weltmeisterschaft können Fans in jedem der elf Austragungsorte auf einem Fan Fest die Spiele mitverfolgen. Auf dem Event in Moskau

feiern tausende Fans aus aller Welt. Vor dem Haupteingang blicken die Besucher von den Sperlingsbergen über das Stadtpanorama, direkt gegenüber liegt das Luschniki-Stadion mitten im Moskauer Häusermeer. Im Hintergrund des FIFA Fan Fests thront die Silhouette des imposanten Unigebäudes. Es ist eines der berühmtesten Gebäude stalinistischer Architektur. Das höchste Universitätsgebäude der Welt prägt das Stadtbild wie der Eiffelturm Paris.

„Der Lärm stört die Studenten bei ihren Klausuren.“

Nun stehen 300 Meter vor dem Gebäude Leinwände, Fressbuden, Hüpfburgen und Torwände. Dieses Fan Fest sei für die beste Universität Russlands eine einmalige Chance, sich international zu präsentieren – so reagierte der russische Vizepräsident Arkady Dvorkovich auf die Proteste der Studenten.

Der exklusive Standort des Fan Fests hat seinen Preis: 40 000 Stu-

denten der MSU stecken während der WM mitten in der Prüfungsphase. „Die Physikstudenten müssen ihre Klausuren mit Blick auf das Fan Fest schreiben. Der Lärm stört sie dabei“, sagt Mascha. Der Lärm ist vor allem für die 6 500 Studierende und Dozierende, die direkt auf dem Campus leben, ein Problem. Bereits im Juli 2017 haben die Studenten deshalb begonnen, sich gegen das Fan Fest vor ihrer Tür zu wehren. In die Hand genommen hat das die Initiative Group Moscow State University (IGMSU), eine Initiativgruppe, die aus 50 Studenten besteht. Sie starteten eine Online-Petition zur Verlegung des Fan Fests – und konnten rund 16 000 Unterschriften von Studenten und Dozenten sammeln.

20 Meter vom Fan Fest entfernt, mitten im Park auf den Sperlingsbergen, ist Mascha wie ausgewechselt, gestikuliert wild: „Das ist lächerlich. Sie haben die Bäume erst gefällt und dann neue gepflanzt.“ Energisch schüttelt sie den Kopf, streicht sich ihren dunkelbraunen Pony aus der Stirn. Aus Sicherheitsgründen hat die Stadt Moskau den Wald gelichtet. Laut IGMSU befürchtet die Polizei, dass sich gewaltbereite Fans dort verstecken könnten.

Klack-Klack, Hufe auf Kies. Polizisten mit kugelsicheren Westen reiten durch den Park. Die junge Frau erstarrt. Nur nicht auffallen. Maschas leerer Blick fällt auf die neu gepflanzten Bäume, die gelben Blätter hängen verwelkt zu Boden. Ein Spatz hüpfert durch die Reifenspuren der Baustellenfahrzeuge zu ihren Füßen. Finken, Buntspechte und Raben sind auf den Sperlingsbergen heimisch, sie alle gehören zu den seltenen und geschützten Arten in Russland. Ihr Lebens- und

Das Hauptgebäude der Staatlichen Universität Moskau



Brutraum ist während der WM beeinträchtigt, der Lärm stresst die Tiere. Mascha und ihre Gruppe haben die Baumfällarbeiten live auf Facebook gestreamt, um der Öffentlichkeit zu zeigen, was in der Vorbereitung der WM der Natur zugemutet wird.

Zwei Soldaten der russischen Nationalgarde durchkämmen mit Sprengstoffhunden den Park. Mascha scannt ihre Umgebung, dreht den Kopf zur Seite und greift sich unsicher an den Hals. Sie hetzt durch den Park. Zielstrebig steuert sie eine Lücke in der Abspernung an, die von einem Soldaten bewacht wird. Er blickt zunächst über sie hinweg. Als sie ihm näher kommt, verweigert er ihr den Zutritt auf das Unigelände. Sie selbst könnte das Gelände zwar betreten, aber sie versucht, uns Journalisten mitzunehmen. Besuch müsste sie allerdings offiziell anmelden und das will Mascha nicht.

„Die Polizisten nehmen die Studenten fest, nur weil sie es können.“

Und so macht sie auf dem Absatz kehrt und trabt davon. Mascha linst um jede Ecke. Beim Anblick von Sicherheitspersonal zieht sie ihren Kopf ein wie eine Schildkröte. Mascha versucht so wenig Kontakt wie möglich zur Polizei zu haben. Bei den Protestaktionen der IGMSU hat die Polizei einige Mitglieder vorübergehend in Gewahrsam genommen. „Die Polizisten nehmen die Studenten fest, nur weil sie es können“, sagt Alexander Bykov, Sprecher der IGMSU. Er ist für sein Studium in die Niederlande gezogen und lebt nun dort. Bykov übernimmt die Pressearbeit der Gruppe. „Alexander hat dort nichts zu befürchten. Wir in Russ-



Volunteer Irina

land wollen unsere Kontaktdaten nicht im Internet herausgeben“, erklärt Mascha.

Die IGMSU konnte nicht verhindern, dass das Fan Fest auf ihrem Campus stattfindet. Die Gruppe startete ihre Online-Kampagne unter dem Hashtag #nofanfestmsu: Mit Protestschildern fotografierten sie sich vor der Uni und posteten die Bilder in den sozialen Netzwerken. Dazu haben sie Flugblätter verteilt, Menschenketten gebildet und tausende Unterschriften gesammelt. Ein Aktivist der Gruppe beschmierte einen Wegweiser der FIFA mit roter Farbe - die FIFA hat das Schild umgehend ersetzt.

Mascha selbst war bei allen Aktionen der IGMSU dabei, hunderte weitere Studenten unterstützten die Gruppe. Immer wieder spürte Mascha den Druck des Rektorats, das versuchte, die Proteste klein zu halten. Als ihr Doktorvater von ihrem Engagement erfuhr, wand-

te er sich direkt ans Rektorat. Die Unispitze stellte Mascha zur Rede. „Sie haben zu mir gesagt, dass sie sich Sorgen um mich machen. Ich soll auf keinen Fall mit Journalisten sprechen und nicht weiter protestieren. Das sehe ich gar nicht ein.“

Als der Rektor Viktor Sadovnichy das Semester verkürzen und die Prüfungen wegen der WM vorverlegen wollte, versuchte die IGMSU, ihm eine erste Offline-Petition mit knapp 5 000 Unterschriften gegen diese Pläne zu überreichen. Als ihnen jedoch Sicherheitskräfte den Zugang zum Rektorat versperrten, traten sie in einen stundenlangen Sitzstreik. „Die WM soll sich nach der Uni richten, nicht die Uni nach der WM. Das ist ungerecht!“, bricht es aus Mascha heraus, während sie an der Lomonossov-Allee läuft. Auf dem Weg zum Unigebäude kommen ihr Fans in Portugal-Trikots entgegen, die sich auf die zweite Halbzeit freuen. Mittlerweile ist sie schon um das halbe Gelände der MSU gehetzt, auf der Suche nach einem Schlupfloch zum Unigelände. Kilometerweit. Erfolglos. Die Nationalgarde kontrolliert jeden Eingang. „Die WM hat gar nichts Gutes für mich. Ich sehe nichts Positives daran für ganz Russland“, sagt Mascha ungläubig.

„Für mich ist der größte Traum meines Lebens in Erfüllung gegangen“, erzählt Irina. Wir haben ihren Namen geändert, weil sie laut ihrem Vertrag mit der FIFA als Volunteer während der WM nicht mit Journalisten sprechen darf. Die junge Russin reißt ihre blauen Augen auf, hibbelig rutscht sie auf einer Bank auf dem Fan Fest hin und her. „Als ich meine Zusage als Volunteer bei der WM bekommen habe, bin ich vor Freude in Tränen ausgebrochen“, sprudelt es aus ihr heraus. Sie ist Anfang

„Das Wohlbefinden der Studenten und ein kleinstmöglicher Einfluss auf das Uni-Leben während des FIFA Fan Fests sind eine Priorität für die FIFA, das LOC und die Stadt Moskau.“

20 und arbeitet während der WM als freiwillige Helferin am Spartak-Stadion in Moskau. Vor eineinhalb Jahren hatte sie sich dafür bei der FIFA beworben. Erst vier Tage vor Turnierbeginn erfuhr sie, wo sie eingesetzt wird. Die FIFA bereitet ihre Volunteers in Workshops vor. Oberste Prioritäten: Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft, grundlegende Englischkenntnisse. Ihr großes Vorbild ist dabei ihr Vater, der selbst als Volunteer bei Großveranstaltungen gearbeitet hat.

„Ich liebe es, Menschen zu helfen und bei der Arbeit neue Leute kennen zu lernen. Die verschiede-

nen Kulturen und Sprachen, das ist einmalig!“, schwärmt Irina. Die zierliche Frau irrt durch das Menschengewirr im Fanshop auf dem Fan Fest. Ihr Volunteer-Ausweis schlenkert um ihren Hals, das Schlüsselband ist gepflastert mit Ansteckern anderer Events. Ganz oben funkelt der goldene WM-Pokal, in der Hand hält sie einen Bierbecher mit FIFA-Logo, bereits leer getrunken. Sie stupt einen Japaner vor sich an, der sich gerade ein Trikot seiner Nationalmannschaft aussucht. Sie tauschen ihre Becher. Auf jedem steht ein anderer Austragungsort der Fußballspiele in Russland, Irina sammelt die Becher als Andenken.

Zufrieden und glücklich tänzelt sie aus dem Fanshop, ihr Blick wandert empor zum Uni-Hauptgebäude. „Eine WM im eigenen Land erlebt man nur einmal. Von den Protesten habe ich gehört, für die Studenten ist das blöd. Aber es geht leider nicht anders.“

Die Stadt Moskau und das lokale Organisationskomitee (LOC) des russischen Fußballverbandes und der Regierung haben das Gelände für das Fan Fest vorgeschlagen. Der Rote Platz kam dafür nicht in Frage, da dort striktes Alkoholverbot herrscht. Das ist problematisch, weil verschiedene Bierbrauereien Sponsoren der FIFA Fan Feste sind und somit Alkoholausschank eine Voraussetzung ist. Die FIFA hat dem Vorschlag zugestimmt, das Fan Fest auf den Sperlingsbergen zu veranstalten und die Leinwand direkt vor dem Hauptgebäude der Universität zu platzieren. Als Reaktion auf die Proteste der Studenten verlegten sie den Standort aber 300 Meter weiter vom Gebäude weg. Außerdem verringerten sie die Kapazität des Geländes von 40 000 zunächst auf 25 000 Besu-

cher. Das teilt die FIFA auf Anfrage von EINSTEINS mit. Die Besucherzahl wurde laut IGMSU noch einmal auf 15 000 beschränkt. Weiter heißt es in der Mitteilung der FIFA: „Das Wohlbefinden der Studenten und ein kleinstmöglicher Einfluss auf das Uni-Leben während des FIFA Fan Fests sind eine Priorität für die FIFA, das LOC und der Stadt Moskau.“

Als Mascha das hört, lacht sie und reißt ihre Augen auf: „Das haben sie wirklich gesagt? Das kann ich nicht glauben! Die oberste Priorität für das Rektorat ist die Weltmeisterschaft.“ Über den Rektorposten der MSU bestimmt mittlerweile der russische Staatspräsident, Wladimir Putin, selbst.

Mascha schlängelt sich auf dem Weg zum Fan Fest durch ein Meer aus bunt bemalten Gesichtern, Fahnen und singenden Fans. Sie nestelt an den Perlmutterknöpfen ihrer himmelblauen Bluse. Drei übergroße Teddybären tanzen mit einer Gruppe Kolumbianern. Mit jedem Schritt versteift sich Maschas Haltung. An der Einlasskontrolle bleibt sie wie angewurzelt stehen. Von den Soldaten unbeachtet mustert sie die Uniformierten. Mascha wendet ihren Blick ab und bahnt sich ihren Weg durch ein Labyrinth aus Absperrgittern.

„Die oberste Priorität für das Rektorat ist die Weltmeisterschaft.“

Die letzten Minuten der Partie zwischen Portugal und Marokko brechen an. Wir bitten Mascha, mit uns auf das Fan Fest zu gehen, damit wir als Journalisten sie dort erleben können. Eigentlich möchte sie das Fan Fest gar nicht betreten, all die Auseinandersetzungen mit dem Rektorat wiegen zu schwer. Weil es ihr wichtig ist, von dem Protest ihrer Studentengruppe zu erzählen, überwindet sie sich dann doch. Auch ihre Kommilitonen meiden das Fan Fest, ihr Freund weigert sich sogar, Mascha in ihrem Zimmer auf dem Campus zu besuchen.

Um Mascha drängeln sich Menschen in Trikots. Schnurstracks hetzt sie quer über das Event Richtung Ausgang. Den Essensständen schenkt sie keinerlei Beachtung. Ein Fußballfan vor ihr ist in eine Marokko-Flagge gehüllt, auf seinem Kopf trägt er eine grüne Pudelmütze mit Hammer und Sichel. Mascha beobachtet, wie ein Polizist ihn anspricht. „Jeder, der anders ist, wird festgenommen – das ist alte sowjetische Tradition“, kommentiert sie das Gespräch der beiden.

Der Fan geht mit dem Polizisten zum Ausgang des Geländes,

beide lachen entspannt. Sie unterhalten sich über die Videoaufzeichnung des Fans, die auf der Leinwand laufen soll. Ein lauter Pfiff, dann brandet Jubel auf: Portugal gewinnt das Spiel. Mascha steht mit dem Rücken zur Leinwand. Plötzlich rennt ein Fan von hinten auf sie zu und umarmt sie. Mascha zuckt zusammen und rudert mit den Armen, reißt sich aus der Umarmung.



Mehr zu den Studentenprotesten gegen das FIFA Fan Fest in Moskau auf einsteins-magazin.de

Prompt dröhnt die Stimme einer Sängerin aus den Boxen, deutlich lauter als das Fußballspiel, denn jetzt startet das Unterhaltungsprogramm des Fan Fests. Mascha zuckt erneut zusammen und presst die Hände auf die Ohren.

Abrupt steuert sie den Ausgang an, ihre Schritte werden immer schneller. Hastig drückt sie sich an den Fans vorbei, bloß raus aus dem Gelände. Sie entfernt sich vom Trubel und die Anspannung fällt von ihr ab. Ein Lächeln huscht über ihr Gesicht, tief atmet sie ein

und aus: „Das war wirklich sehr schwer für mich.“ Endlich kann sie die Veranstaltung verlassen, gegen die sie so lange gekämpft hat. ■

Aus der Recherche

Bei ihren Treffen mit Mascha und Irina in Moskau gingen die Reporterinnen stolze 24 Kilometer. Zum Vergleich: Thomas Müller lief in allen drei Spielen der WM 2018 insgesamt 25,6 Kilometer.

Anzeige

Braugasthof Trompete Bar - Biergarten - Gästezimmer



Gemütlichkeit im Herzen der Eichstätter Altstadt
frische bayerische & mediterrane Küche
Studenten-Mittagskarte
Sonnenterrasse & ruhiger Innenhofbiergarten

jetzt neu:
Mittagsschnäppchen -
jeden Tag ein anderes
Gericht für nur 6,- €

Ostenstr. 3
85072 Eichstätt
fon: 08421/98170
www.braugasthof-trompete.de
mail@braugasthof-trompete.de



PROF. DR.
FRICKE & COLL.

RECHTSANWÄLTE | FACHANWÄLTE | MEDIATOREN



Ernst Fricke
Recht für Journalisten
Presse - Rundfunk - Neue Medien
2., völlig überarbeitete Auflage
572 Seiten, gebunden, 49,90 €
ISBN 978-3-86764-095-4
Handbuch Journalismus
Universitätsverlag Konstanz

EINFACH MEHR „WISSEN“ FÜR JOURNALISTEN

JournalistInnen sind als Berufsgruppe in ein besonderes Netz von Rechten und Pflichten eingebunden. Das gilt, egal ob sie für Verlage, Rundfunksender oder Onlinemedien arbeiten. Es handelt sich nämlich beim Medienrecht um eine „Querschnittsdisziplin“ und eine manchmal unübersichtliche und schwierige Materie, vom Strafrecht bis zum Zivilrecht, vom Verwaltungsrecht bis zum Verfassungsrecht.

Und nicht jeder hat die Veranstaltung „Medienrecht“ an der Katholischen Universität Eichstätt besuchen können, wo „Hilfe zur Selbsthilfe“ im Medienrecht als Studienziel vermittelt wird.

Unsere Kanzlei unterstützt ihre Mandantinnen mit einer über 30-jährigen Erfahrung nicht nur im Medienrecht, sondern in vielen weiteren Rechtsgebieten. Die Kanzlei Prof. Dr. Fricke & Coll. berät Privatpersonen ebenso Unternehmen, Freiberufler, Ärzte und Steuerberater, sowie Sportler und Künstler. Im Bereich des öffentlichen Rechts vertritt die Kanzlei seit Jahrzehnten Kommunen sowie deren Amtsträger und Organe. Zu fast allen Rechtsgebieten gibt es einschlägige Veröffentlichungen (siehe <http://publikationen.kanzlei-fricke.de>).

Prof. Dr. Ernst Fricke, Mag. rer. publ.

- Rechtsanwalt
- Mediator (ITMH)
- Professor für Verwaltungs- und Sozialrecht (University of Applied Sciences, Neubrandenburg)
- Honorarprofessor für Medienrecht und Gerichtsberichterstattung an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Dieter J. Maier

- Rechtsanwalt
- Fachanwalt für Arbeitsrecht

Lydia Oberwallner

- Rechtsanwältin, Mediatorin (ITMH)
- Fachanwältin für Familienrecht

Of Counsel

Carolin Meier, LL.M.

- Wirtschaftsjuristin

Isolde Fricke

- Mediatorin (ITMH / BM®)

 info@kanzlei-fricke.de

 www.kanzlei-fricke.de

 facebook.com/prof.dr.fricke

Stammsitz Landshut

Innere Regensburger Str. 11
84034 Landshut
Fon: 08 71 - 925 98 0
Fax: 08 71 - 22 8 93
Mail: info@kanzlei-fricke.de

Zweigstelle München

Siegesstr. 14
80802 München
Fon: 0 89 - 90 54 17 24
Fax: 0 89 - 90 54 77 19
Mail: info@kanzlei-fricke.de

Zweigstelle Nürnberg

Königstorgaben 7
90402 Nürnberg
Fon: 09 11 - 240 18 62
Fax: 08 71 - 22 8 93
Mail: info@kanzlei-fricke.de

Gewaltige Grauzone

Maria würde für ihre Ansichten Gewalt anwenden.
Johannes lehnt das ab. Doch braucht es Gewalt, um
sich Gehör zu verschaffen?
Zwei Aktivisten nehmen Stellung.

von **Julia Leiber**
Fabienne Simon



Ich lehne Aktionsformen, die als gewalttätig gelten, nicht ab. Daher unterteile ich Demonstrantinnen und Demonstranten nicht in friedlich oder gewalttätig. Eigentlich geht es um kriminalisiert versus nicht-kriminalisiert.

Mir kommt es auf Inhalte und Solidarität an, unabhängig von den Aktionsformen. Ich möchte vor allem zu Sichtbarkeit und Durchsetzungsmacht von Protesten beitragen. Zum Beispiel mit Schildern, Fotoaktionen, Sitzblockaden und auch mit militanten Aktionen.

Bei Demonstrationen darf das Versammlungsrecht nicht so umgedeutet werden, dass man sich leise in eine Ecke stellt. Die öffentliche Diskussion um Gewalt auf Demos finde ich unverhältnismäßig. Die bestehenden politischen Verhältnisse sind in einem viel größeren Maßstab

krass gewalttätig. Viele Institutionen behandeln Leute besonders scheiße, um Geld zu sparen. Friedlicher Protest hat da kaum Erfolgsaussichten. Würde aber das Eigentum oder der Profit der Institution angegriffen, müsste diese reagieren. Ab einer gewissen Schadenshöhe lohnt sich die Ungerechtigkeit finanziell nicht mehr und die Menschen müssen besser behandelt werden.

Wichtig ist, dass Institutionen als solche angegriffen werden statt einzelner Leute. Ich überlege mir vorher, wer die Rechnungen bezahlen muss. Bei der Polizei ist das schwieriger, weil die Menschen in einer Institution arbeiten, die auf direkte Konfrontation abzielt. Den Anweisungen der Polizei nicht bedingungslos Folge zu leisten, wird schon als Widerstand kriminalisiert. Doch wir drohen und kämpfen nicht mit Schusswaffen wie die Polizei. Daher halte ich das Risiko, jemanden ernsthaft zu verletzen, für sehr gering. Wenn Milliarden an Steuern für Militär und Unterdrückung ausgegeben werden, habe ich auch dem Staat gegenüber kein schlechtes Gewissen.

Fast alle Leute, die ich kenne, machen Aktionen bewusst. Ich selbst wurde mit 16 Jahren von vier erwachsenen Nazis verprügelt und habe es zum Glück überlebt. Ein triftiger Grund, mich regelmäßig mit Polizei und Justiz anzulegen, die Nazis ba-

Zur Person

MARIA* ging mit 15 Jahren erstmals auf die Straße. Heute unterstützt die 31-Jährige rassistus-kritische und feministische Aktionen. „Politisch würde man mir wahrscheinlich als erstes den linksradikalen Stempel aufdrücken.“

gatellisieren und schützen. Und mich dort auf die Straße zu setzen, wo Nazis marschieren wollen und zu sabotieren, wenn Leute abgeschoben werden sollen.

Es gibt nicht so viele Proteste, die in meinem Leben erfolgreich waren. Mit erfolgreich meine ich,

E
ONLINE

Protest ist nicht immer friedlich, erzählt Polizeiobererrat Steffen Hass auf einsteins-magazin.de

wenn die Sachen tatsächlich umgesetzt und verändert werden. Zum Beispiel, dass Menschen nicht mehr abgeschoben werden. Je stärker unser Protest war, desto größer wurde der öffentliche Druck. Doch der wurde – auch wenn er noch so friedlich war – als gewalttätig diskreditiert. Trotzdem kämpfen wir weiter. ■

* Namen geändert



Zur Person

JOHANNES* vertritt gewaltfreien Protest. Kreative Protestformen findet der 27-Jährige wirksamer als gewaltsame. Er ordnet sich politisch links ein und setzt sich vor allem für die Rechte Transsexueller ein.

Ich bin für gewaltfreien Widerstand. Ich finde es nicht okay, die körperliche Unversehrtheit einer Person zu verletzen. Damit meine ich, wenn mit Absicht Dinge getan werden und die Verletzung einer Person billigend in Kauf genommen wird. Deshalb sind Demonstranten für mich gewalttätig, wenn Leute verletzt werden.

Wenn Demos gewalttätig entgleisen, findet meist eine gewollte Provokation statt. Ich rede definitiv nicht von polizeilicher Provokation, sondern von polizeilicher Gewaltanwendung. Entweder vom Polizeiblock aus oder von verdeckten Leuten im Block der Demonstrierenden. Also die Polizei fängt gerne offen und verdeckt an, Gewalt anzuwenden.

Ich finde, es gibt bei Protesten einen fundamentalen Unterschied zwischen Gewaltanwendung ge-

gen Menschen und gegen Dinge. Ein Streit über eine zerstörte oder beschädigte Sache lässt sich mit Geld beilegen. Bei einem Menschen nicht. Um gehört zu werden, kann es zwar hilfreich sein, durch einen Protest anderen finanziellen Schaden zuzufügen. Ich denke aber nicht daran, bei einer Sabotageaktion zum Beispiel Stromkabel zu zerschneiden. Ich fände es besser, wenn Leute andere Möglichkeiten wahrnehmen zu demonstrieren. Kreativ und ohne Gewalt.

Doch es ist ganz oft das Problem, dass Menschen sich nicht mal damit auseinandersetzen, warum das gerade so wichtig ist, dass Leute auf der Straße sind. Nehmen wir an, ein Zug fährt nach Auschwitz. Setzen wir uns aufs Gleis oder nicht? Das ist ein Beispiel, bei dem viele Leute in der Jetzt-Zeit dabei wären, zu protestieren. Da spielt es erstmal keine Rolle, ob sie als gewaltvoll gelten oder nicht. Von außen denkt man nur: Die sitzen auf Gleisen. Das gehört sich nicht.

Doch wann kann man von Gewalt sprechen? Wenn es als Gewalt gesehen wird, sich gegen ein Gesetz zu wehren, dann ist das nur Gewalt, weil es gerade willkürlich so definiert ist. Und nicht, weil es wirklich berechtigt wäre. Da gab es zum Beispiel in

North Carolina diese Gesetze für Transpersonen. Sie dürfen in der Öffentlichkeit nicht aufs Klo gehen, sondern nur die Toilette für das Geschlecht benutzen, mit welchem sie geboren wurden. Was zur Folge hat, dass sie nicht aufs Klo gehen. Das ist prinzipiell ein Ausschluss vom öffentlichen Leben. Ich fände es unglaublich toll und eine sehr gute Form zu protestieren, wenn sich hundert Leute treffen würden und vorm öffentlichen Klo eine Runde kacken.

Generell ist ein Protest für mich erfolgreich, wenn eine Person durch eine Demonstration politischer wurde und versteht, warum Menschen protestieren. Ich würde mich über mehr Kreativität freuen. Ich denke, dass Proteste auf diese Weise erfolversprechender sind. ■



Aus der Recherche

Aktivisten zu finden, die offen über ihre Gewaltanwendung bei Protesten sprechen, war äußerst schwierig. Die beiden Autorinnen wurden für ihr Vorhaben von Antifa-Aktivisten als „dubios“ bezeichnet.

Wogegen würden Sie auf die Straße gehen? - Teil 2 (Fortsetzung von Seite 13)



Nicole

Ihr Kleid, das sie beim Gewinn des Grand Prix Eurovision de la Chanson 1982 trug, besitzt die heute 53-Jährige noch immer. Und: Es passt ihr noch. Seit über 30 Jahren hat sie kein einziges Stück Kuchen mehr gegessen.

„Mit Musik allein zu protestieren, ist nicht möglich, da spielt der dazugehörige Text die vordergründige Rolle. Die Worte sollten klar darstellen, gegen was man protestieren möchte. Mit *Ein bisschen Frieden* habe ich auf meine Art nur meine Ängste vor Krieg und Gewalt geschildert und mir für alle Menschen und mich nichts als Frieden gewünscht.“

Marietta Slomka

Die Art, wie die Journalistin und Moderatorin des *heute-journals* Interviews führt, prägte einen ganz neuen Begriff: Wird einem Politiker mit kritischen Fragen zugesezt, so wird dieser „geslomkat“.

„Gegen die Beschränkung von Pressefreiheit, wie wir sie auch in Teilen Europas bereits erleben. Das geht nicht nur Journalisten

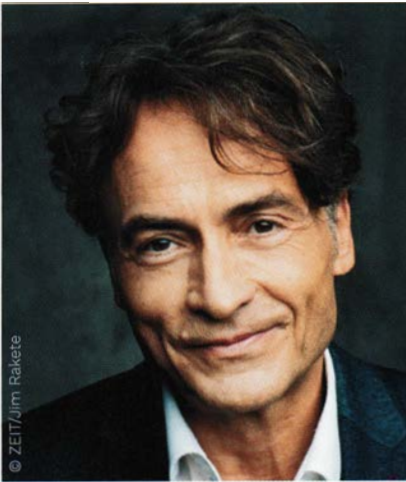
etwas an, denn die Freiheit der Medien ist der untrügliche Gradmesser für die Freiheit einer Gesellschaft insgesamt. Kleiner Gegentest: Ist irgendjemand schon mal aus einem Land geflüchtet mit der Begründung, dass es dort zu viel Medienfreiheit und zu viel Kritik an Regierenden gab? Eine freie Gesellschaft erträgt alle möglichen Formen von Protest, solange er gewaltlos ist. Für das Grundrecht auf Protest haben Menschen über Jahrhunderte gekämpft und ihr Leben gelassen. Umso mehr bedrückt es mich, wenn sich Protest gegen genau diese Errungenschaften liberaler Demokratien wendet; wenn Zensur behauptet wird, mit dem Ziel, autoritäre Gesellschaftssysteme einzuführen, die tatsächlich mit Zensur einhergehen würden.“



Heribert Prantl

Der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum lobte schon 1994 Prantls „kompromisslosen Mut, den schleichenden, unaufhörlichen Abbau rechtsstaatlicher Positionen im Asylrecht, im Strafrecht und anderswo immer wieder nachdrücklich beim Namen zu nennen.“ Prantl ist Mitglied der Chefredaktion der *Süddeutschen Zeitung*.

„Meine Straße ist die Zeitung. Ich werbe dort für Demokratie und Rechtsstaat. Ich protestiere dort, wenn Minderheiten missachtet werden. Ich versuche dort, aufzurütteln, ich versuche, die Argumente, den Ton und die Sprache zu finden, die die Leute überzeugen. Wenn ich das Gefühl hätte, dass das alles nicht mehr reicht, dann würde ich zusätzlich auch noch auf die richtige Straße gehen.“



Giovanni di Lorenzo

Der Chefredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit* engagiert sich ehrenamtlich für die Deutsche Knochenmarkspenderdatei und für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. 1992 wurde ihm ein Sonder-Bambi für seine Initiative verliehen.

„Anfang der Neunzigerjahre war ich Mitbegründer und Sprecher der Münchner Lichterkette gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus, bei der am Ende mehr als 400 000 Menschen auf die Straße gingen. Als Chefredakteur habe ich mir aber Zurückhaltung auferlegt. Ich möchte vermeiden, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Redaktion befangen sind, weil ihr Chef für oder gegen eine Sache demonstriert, über die sie berichten. Mir bleibt zum Glück aber – neben der Mitwirkung in verschiedenen Stiftungen – noch die Form des Leitartikels, um Missstände zu benennen und zu kritisieren.“

Weitere Statements findet ihr auf den Seiten 54/55.

Anzeige

Top versichert? Fragen Sie Ihre Nachbarin

Ich berate Sie gerne mit Lösungen zu günstiger Absicherung und Vorsorge – gleich bei Ihnen um die Ecke.



Melanie Kobell
HUK-COBURG-Beraterin in Eichstätt

Eine Versicherung ist dann gut, wenn sie sich an Sie anpasst. Und nicht umgekehrt. Ganz gleich, ob Ihnen gerade Ihre Ausbildung, Ihre Familie oder die Sicherheit im Alter wichtig ist: Gemeinsam finden wir für jede Phase Ihres Lebens eine günstige Lösung.

Kommen Sie einfach vorbei – ich freue mich, Sie persönlich zu beraten.

PS: Ich bin nicht ganz in Ihrer Nachbarschaft? Auf www.HUK.de finden Sie Ihren Ansprechpartner direkt nebenan.

Kundendienstbüro

Melanie Kobell

Tel. 08421 6089264

melanie.kobell@HUKvm.de

Pfahlstr. 18, 85072 Eichstätt

Mo.–Do. 9.00–12.30 Uhr

Di. 15.00–17.30 Uhr

Do. 15.30–18.30 Uhr

sowie nach Vereinbarung



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig



Das Erbe der 68er

Simon Teune beschäftigt sich wissenschaftlich mit Protesten und sozialen Bewegungen. EINSTEINS sprach mit ihm über Frieden und Gewalt, die 68er und typisch deutschen Protest heute.

von **Margarita Bulimov**
Tim Ruben Weimer

links: Spaßdemonstration 1967.
Der Ausschnitt zeigt Eva Marie
Bohn-Chin vom *Intoleranzbe-
kämpfungsclub*. Dieser traf sich
damals in der Münchner
Feilitzschstraße zu einer nicht an-
gemeldeten Minirock-Demo.
Polizeivizepräsident Dr. Wolf wan-
delte die wilde Demonstration
nachträglich an Ort und Stelle in
eine genehmigte um.
Foto: Heinz Gebhardt

rechts: Menschenkette 2018.
Der Ausschnitt zeigt *Omas gegen
Rechts* bei einer Demonstration
für Frauenrechte in Wien. Knapp
2000 Menschen hielten sich an
den Händen, darunter 200 Omas.
Seit Herbst 2017 sorgen die Omas
mit ihren Buttons, bunten Mützen
und ihrem eigenen Oma-Lied
für Aufmerksamkeit.
Mehr zu den *Omas gegen Rechts*
findet ihr bei EINSTEINS-TV oder
auf einsteins-magazin.de.
Foto: Jasmin Bals



EINSTEINS: Herr Teune, wann waren Sie das letzte Mal protestieren?

Simon Teune: Am ersten Mai in Berlin-Grunewald. Auf einer Demonstration, die das Ritual der jährlichen Konfrontation am ersten Mai ein bisschen auflösen wollte. Die Demo wollte die Frage von Wohnraum und Mieten in den reichen Bezirk Berlin-Grunewald transportieren.

Ist es friedlich verlaufen?

„Friedlich“ ist ein sehr unspezifischer Begriff. Die Polizei würde sagen: ohne größere Störungen. Bei der Demonstration wurden Autos und Überwachungskameras mit Aufklebern beklebt. Mit Sprühfarbe wurden Parolen geschmiert. Es gab aber keine Konfrontation zwischen Demonstrierenden und der Polizei.

Beim G20-Gipfel in Hamburg eskalierten die Proteste zwischen Demonstranten und Polizei. Was ist dort schief gelaufen?

Die Konfrontation zwischen radikalen Protestierenden und der Polizei hat sich in Hamburg über Jahrzehnte aufgebaut. Es war vorhersehbar, dass sich das bei G20 wieder entlädt. Die Polizei in Hamburg geht mit radikalem Protest repressiv und undifferenziert um. In der linken Szene wiederum ist die Schwelle zur Konfrontation gering, auch weil es in der Vergangenheit Erfahrungen mit Konfrontationen gab. Beide Seiten erwarteten, dass die Gegenseite loschlagen werde.

Wie hätte die Gewalt verhindert werden können?

In Berlin am ersten Mai gibt es jedes Jahr relativ erwartbare Kra-

walle. Dort hat sich gezeigt, dass tatsächlich Einfluss auf die Protestform genommen werden kann. Die Polizeistrategie und die öffentliche Darstellung von Protest haben sich verändert. Diese Veränderungsbereitschaft gibt es in Hamburg nicht in der gleichen Form wie in Berlin.

Sie haben festgestellt, dass es in Deutschland drei Protestwellen gab: Die erste im Zusammenhang mit der Studentenbewegung in den 60er Jahren, die zweite ausgehend von den neuen sozialen Bewegungen in den 80ern und die dritte Welle Anfang der 90er gegen die steigende Zahl von rassistischen Übergriffen. Ist der friedliche Protest gegen die Reform des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG) nun eine neue, vierte Welle?

Bei den Anti-PAG-Demos handelt es sich um eine Protestkampagne, die das Polizeiaufgabengesetz nicht in dieser Form beschlossen haben möchte. Dieses Ziel wurde verfehlt. Polizei- und Versammlungsgesetze werden jetzt in den Bundesländern nach und nach erneuert. Insofern ist das ein Themenstrang, der sich durchzieht: Was sollen die Eingriffsrechte der Polizei sein? Das ist keine neue Protestbewegung. Der Protest gegen die Eingriffsrechte der Polizei geht weit zurück in die 50er, 60er Jahre. 1968 demonstrierte man gegen die Notstandsgesetzgebung. Das ist ein Beispiel dafür, dass es bei einzelnen Protestbewegungen oder Protestthemen Wellenbewegungen gibt.

Die Menschen wussten, dass das PAG nicht mehr abwendbar war und haben sich trotzdem zu Protesten zusammengeschlossen. Warum?

Klar war absehbar, dass das PAG durch Proteste nicht hätte verhindert werden können. Aber es war für viele Leute ein Bedürfnis, zum Ausdruck zu bringen, dass die Landesregierung so nicht mit den Menschen in Bayern umgehen kann. Dass diese Bürgerrechtseinschränkungen wahr- und ernstgenommen werden sollen und nicht einfach hingenommen werden können. Das hat relativ gut funktioniert.

Aufgrund des Protestes gab es viel Aufmerksamkeit für das Thema. Dadurch ist die Tragweite des Gesetzes erst richtig sichtbar geworden. Menschen haben sich mit dem Thema auseinandergesetzt und werden es unter Umständen auch in ihre Wahlentscheidung miteinbeziehen.

Konstruktive Verbesserungsvorschläge gab es bei den Demos allerdings kaum.

Dr. Simon Teune

Der Soziologe forscht an der Technischen Universität Berlin zu Protesten und sozialen Bewegungen. Dafür gründete der Soziologe 2012 in Kooperation mit weiteren Sozialwissenschaftlern das Institut für Protest- und Bewegungsforschung, das Protestforscher aus ganz Deutschland zusammenbringen soll. Teune leitet dort unter anderem ein Projekt, das die Gewalteskalation während der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg analysiert.

Das ist nicht unbedingt die Aufgabe von Protest. Proteste sind eingebettet in soziale Bewegungen, deren Aktivitäten mehr sind als nur Proteste. Wenn man die Anti-Atombewegung anschaut: Die hat zwar gegen Atomanlagen protestiert, aber zugleich auch daran gearbeitet, Alternativen zu finden wie Windkraft und Solarenergie. Die hätte es nicht ohne die damaligen Pioniere gegeben, die gesagt haben: „Ich bau' mir jetzt ein Windrad in den Garten“ oder „Ich möchte, dass sich Solarzellen weiterentwickeln.“ Damals haben das Leute für verrückte Ideen gehalten. Heute funktioniert ein großer Teil der Stromgewinnung so.

Während der 68er gab es Vorreiter wie Rudi Dutschke. Wie wichtig sind solche Idole heute noch?

Gegenüber Idolen hat sich eine gewisse Skepsis entwickelt. Spätestens

nach 1968. Das unterscheidet sich zwischen den Ländern. Es gibt nach wie vor Schlüsselfiguren, die für eine Bewegung stehen. Aber in Deutschland gibt es keine wirkliche Ausrichtung auf zentrale Figuren.

Warum nicht?

Die Skepsis gegenüber der Personalisierung von Politik ist groß und linke Bewegungen versuchen, sich hierarchiearm zu organisieren. Das setzt auch voraus, dass sich niemand in den Vordergrund schiebt. Auf der einen Seite gibt es Zurückhaltung, solch eine Position einzunehmen, auf der anderen Seite gibt es auch schnell Kritik an diesen Tendenzen.

Wie hat sich die Protestkultur in Deutschland seit 1968 verändert?

1968 hat eine große Bedeutung, weil danach die Bildungsbürger

die Protest als Mittel politischer Artikulation für sich entdeckt haben. Die neuen sozialen Bewegungen wie die Friedensbewegung, Frauenbewegung oder die Schwulenbewegung sind alle sehr stark geprägt von Lehrern, Akademikern und Angestellten. Weniger von Arbeitern und von Leuten, die in unserer Gesellschaft eher sozial abgehängt sind. Das ist ein Muster, das sich in Deutschland ziemlich stark durchzieht: Protest ist im Grunde genommen eine Sache von Besserverdienenden und Bessergebildeten. In den 1950er und 60er Jahren gab es noch sehr viel stärker gewerkschaftlich dominierte Proteste als heute.

Was hat sich noch verändert?

In der Themenauswahl gab es seit 1968 einen Wandel. Seitdem spielen die klassischen sozialpolitischen Themen und Arbeitsthemen weniger



„Die Pegida-Proteste haben für eine große Medienaufmerksamkeit gesorgt und der AfD damit zum Erfolg verholfen.“

eine Rolle in Deutschland. Auch die Formen haben sich verändert. Es gibt ein Repertoire an Protestformen wie Kundgebungen, Demonstrationen, Blockaden oder Streiks. Das sind Muster, die relativ stabil bleiben. Durch das Internet gibt es heute eine digitale Ergänzung: zum Beispiel Onlinedemonstrationen und -petitionen oder auch DDos-Attacken (Anm. der Redaktion: eine Art von Cyberangriff), bei denen Webseiten blockiert werden, haben das Repertoire erweitert.

Wie hat sich die Gesellschaft parallel weiter entwickelt?

Die öffentliche Wahrnehmung von Protest hat sich stark verändert. In den 50er, 60er Jahren wurde Protest als Gefahr wahrgenommen, als Anzeichen von Destabilisierung oder kommunistischer Unterwanderung.

Das hat sich nicht mit, aber nach 1968 grundlegend verändert. Es gab einen stärker reformorientierten Protest, der als weniger bedrohlich wahrgenommen wurde. Die Polizei reagiert heutzutage bei den meisten Protesten nicht mehr aggressiv. Blockaden wurden damals als Gewalt verstanden und rechtlich als Nötigung verfolgt. In den 2000er Jahren hat man dann auf einmal den Vizepräsidenten des Bundestages (Anm. der Redaktion: Wolfgang Thierse) gegen eine Neonazidemonstration auf der Straße sitzen sehen.

Sie sagen, in Deutschland sei Protest vor allem eine Sache der Bildungsschicht. Wo sind die Demonstranten von Pegida einzuordnen?

Das Vorurteil, Pegida bestehe aus Abgehängten, die noch nicht zu Wort gekommen sind, trifft überhaupt nicht zu. Die gelten im Zweifel auch als ein bisschen blöde, sind aber genauso gebildet, stehen voll im Leben, haben einen Job und sind selbstständig oder angestellt. Was auffällt: Es sind vor allem Männer. Das gilt für die neue soziale Bewegung von rechts generell, dass Frauen bei den Demos zwar ganz vorne stehen, aber bei Weitem nicht die Mehrheit ausmachen. Die stehen nur da, um zu zeigen: Wir sind hier nicht nur die Glatzen-Nazis von früher, sondern wir funktionieren anders. Viele der Pegida-Demonstranten sind das erste Mal auf der Straße, um ihren Frust und ihre Kritik loszuwerden. Das sieht man auch an den Wahlergebnissen der AfD – der politischen Entsprechung zu Pegida. Sie spricht Leute an, die vorher gar nicht mehr gewählt haben. Sie stellt ein Repräsentationsangebot dort auf, wo eine Lücke wahrgenommen wurde.

Der Erfolg populistischer Parteien ist kein rein deutsches Phänomen. Ist man in Deutschland aber besonders sensibel gegenüber Demonstrationen von rechts?

Was Deutschland auszeichnet, ist, dass Proteste auf der Straße eine dynamisierende Rolle für die Entwicklung gespielt haben. Ohne Pegida hätte die AfD nicht die Wahlerfolge gehabt, die sie zuletzt bekam. In anderen Ländern sind Proteste eher flankierend oder direkt von Parteien organisiert. Die Straßenproteste von Pegida – relativ überschaubar, maximal 18 000 – haben dafür gesorgt, dass es eine sehr große Medienaufmerksamkeit gab. Es wurden AfD-nahe Themen gesetzt, was dazu führte, dass die Partei so stark wurde und sich innerparteilich auf völkische Themen ausgerichtet hat. Insofern ist die Rolle von Protesten für Deutschland nicht zu unterschätzen.

Sie stufen Pegida als eine relativ kleine Protestbewegung ein. Wie hat sie es dann geschafft, eine so große Medienaufmerksamkeit zu gewinnen?

Die Frage ist, wie Themensetzung in der Öffentlichkeit funktioniert. Es ist nicht so, dass die Themen von Pegida nie im öffentlichen Diskurs standen. Es gab das Buch von Sarrazin, BILD-Schlagzeilen und Äußerungen von der CDU, die im Grunde genommen das, was bei Pegida gesagt wird, abgebildet haben. Es gab keine Thematisierungslücke. Der Ausdruck war bei Pegida nur aggressiver und der Inhalt wurde über eine neue Form transportiert. Es gab vorher einfach keine so großen Proteste von rechts. Im Bezug auf die Medien gibt es eine gewisse Selbstbeobachtung untereinander: Man orientiert sich an großen Leitmedien und schaut,

wie diese mit bestimmten Themen umgehen. Dieser Effekt verursachte eine größere Aufmerksamkeitswelle und führte dazu, dass über Pegidas Demonstrationen täglich in der *Tagesschau* berichtet wurde und der MDR *online* eine Liveübertragung zur Pressekonferenz von Pegida anbot. Das gab es bei Protesten vorher in dieser Form noch nicht.

Blicken wir einmal auf Proteste in anderen Erdteilen: Während des Arabischen Frühlings wurde oft behauptet, die Demonstranten hätten sich vor allem über Social Media organisiert. Teilen Sie diese Ansicht?

Ich wäre skeptisch, ob Social Media beim Arabischen Frühling tatsächlich die zentrale Rolle gespielt hat, wie es im Westen behauptet wird. Ein großer Teil der Menschen, die da auf der Straße waren, hat gar keinen Internetanschluss, unter Umständen auch kein Smartphone. Insofern neigt man dazu, den Einfluss von Social Media zu überschätzen und nicht zu bemerken, welche Rolle analoge Verbindungen spielten.

Wer beim Arabischen Frühling protestierte, setzte sich einer Gefahr aus. Warum gehen Menschen trotzdem auf die Straße?

Es gibt die Wahrnehmung: Wir sind jetzt so viele, dass ich als Einzelner die Konsequenzen nicht spüren werde oder es zumindest sehr unwahrscheinlich ist. Der Arabische Frühling ist ein Beispiel dafür, dass es trotz repressiver Regime große Proteste gab. An einem gewissen Punkt war absehbar, dass die Repression nicht auf jeden durchschlagen würde. Aber das sind Ausnahmesituationen. Eine andere Wahrnehmung ist: Auch wenn mein Protest jetzt nichts verändert, muss ich auf die Straße gehen, weil alles andere bedeuten würde, dass ich die aktuelle politische Entwicklung mittrage. Das machen nur relativ kleine Gruppen, die in den meisten Fällen mit ziemlich harschen Konsequenzen zu rechnen haben. Trotzdem können mit der Zeit immer mehr Leute dieser Überzeugung sein.

Welche drei Regeln würden Sie Protestierenden mitgeben?

Ach du Scheiße. (lacht)

Gibt es die überhaupt?

Es gibt eher Erfahrungswissen, was funktioniert und was nicht: Was darf ich und was darf ich nicht, wen spreche ich an und wen schließe ich aus? Leute, die tagtäglich protestie-

ren oder Proteste organisieren, sind dafür die besseren Ansprechpartner. Die wissen, wo man das Geld herkrieg, wie man ein Thema umsetzt und wie man mediale Aufmerksamkeit schafft.

Auf welche Demonstration gehen Sie als nächstes?

Auf eine Demo gegen die AfD.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Aus der Recherche

Tim Ruben Weimer stand bei der Heimreise aus Berlin eine Viertelstunde an einer Kreuzung. In Nürnberg fand eine Fahrraddemonstration für bessere Fahrradwege in der Stadt statt.

Anzeige



Gutmann
Gutes Hefeweizen



Schwänzen ohne Konsequenzen

Mit 13 wollte Malchus Kern selbst bestimmen, was er wann lernt und wie er es lernt: Er verließ die Schule. Auch Bußgelder und ein Besuch vom Rektor konnten ihn nicht davon abhalten. Hier erzählt er die Geschichte seines Protests.

von **Mariella Kockler**

Ich bin fast ganz normal eingeschult worden. Fast heißt, dass ich erst ab Weihnachten wirklich hingegangen bin. Ich habe in der ersten Klasse das Einschulungsfest mitgemacht, aber schon nach den ersten zwei Wochen stand für mich fest: Ich möchte da nicht länger hingehen.

Meine Eltern haben mir natürlich erklärt, dass es eine Schulpflicht in Deutschland gebe. Die Debatte ging eines Tages so weit, dass der Rektor der Grundschule zu uns nach Hause kam. Er drohte, wenn ich nicht freiwillig in die Schule gehe, komme die Polizei und hole mich ab. Nach den Weihnachtsferien bin ich dann also normal hingegangen.

Wieso soll ich überhaupt noch meine Zeit in der Schule verbringen?

Mein älterer Bruder – insgesamt sind wir fünf Geschwister – wurde damals in der Schule gemobbt und hatte Schwierigkeiten mit den Lehrern. Er kam oft nach Hause und war sehr aggressiv, weil sich das im Laufe des Tages angestaut hatte. Gleichzeitig haben mir meine älteren Geschwister, wenn sie mittags nach Hause kamen, oft erzählt, was sie dort gelernt hatten. Wenn mich etwas interessiert hat, habe ich nachgefragt, und sie haben versucht, mir das beizubringen. Ich habe mir die Frage gestellt: Wieso soll ich überhaupt noch meine Zeit in der Schule verbringen, wenn ich auch zuhause in meinem eigenen Tempo lernen und dazwischen spielen kann – so wie ich eben Lust habe.

Auf der Dorfgrundschule war noch alles harmonisch, aber am Gymnasium änderte sich das. Die Lehrer sind uns überhaupt nicht

Freie aktive Schulen

Freie aktive Schulen sind staatlich genehmigte Ersatzschulen. Im Fokus des pädagogischen Konzepts stehen Selbstbestimmung und Mitbestimmung. So soll besser auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder eingegangen werden.

auf Augenhöhe begegnet und unter den Schülern begann der Konkurrenzkampf: Mobbing und Hänseleien waren an der Tagesordnung. Das war für mich das Schlimmste, denn auch wenn ich davon nicht selber betroffen war, konnte ich nicht damit umgehen. Letztendlich war das der Grund dafür, dass ich in der sechsten Klasse endgültig gesagt habe: Mir reicht's!

Meine Eltern waren zu diesem Zeitpunkt auch nicht mehr davon überzeugt, dass es das normale Schulsystem zum Lernen braucht. Zwar sind beide Lehrer, doch meine Mutter hatte schon während ihres Studiums Zweifel am strengen Schulsystem. Nach einem Jahr als Grundschullehrerin hat sie dann zwei Jahre lang an einer freien aktiven Schule unterrichtet. Beide Eltern haben zum damaligen Zeitpunkt gesehen, wie schlecht es mir ging und wollten das nicht länger verantworten.

Gegenüber den Behörden haben meine Eltern immer mit offenen Karten gespielt, dass ich nicht zur Schule gehen will. Sie haben das Schulamt auch nach einer Lösung gefragt, doch zurück kamen nur Bußgeldbescheide.

Freilerner

Freilerner bilden sich ohne Bindung an eine Schule oder andere Bildungsinstitution selbstbestimmt und selbstorganisiert. Damit verstoßen Freilerner und ihre Eltern gegen die Schulpflicht. Diese Gesetzeswidrigkeit wird mit Bußgeldern bis zu 1000 Euro bestraft.

Mit 13 Jahren habe ich das Theater satt gehabt und mich gefragt: Wieso reden die Behörden eigentlich nur mit meinen Eltern und nicht mit mir? Ich habe daraufhin dem Schulamt einen Brief geschrieben, sie sollen doch aufhören, meine Eltern für etwas zu bestrafen, was ich mache und möchte. Daraufhin bin ich zu einem Gespräch eingeladen worden. Meine gesammelten Materialien, das Lerntagebuch, all die Dinge, die ich zuhause gemacht habe, Protokolle, in welchen Museen ich war, habe ich mitgebracht. Das scheint so überzeugend gewesen zu sein, dass mir die Ausnahmegenehmigung erteilt wurde.

In der Verwandtschaft waren die Ängste anfangs groß.

Es wurde festgelegt, dass ich einmal im Jahr eine Kontrollprüfung machen sollte. Wenn ich diese bestehen würde, dürfte ich wieder ein Jahr lang von zuhause aus lernen. In diesem Rahmen habe ich auch meinen Hauptschulabschluss gemacht. Den habe ich zwar nicht so gut bestanden, aber ich woll-



Statt aus dem Geographiebuch lernt Malchus direkt im Steinbruch.

te endgültig meine Ruhe vor dem Schulamt haben.

In der Verwandtschaft waren die Ängste anfangs groß. Besonders meine Großeltern hatten Probleme damit, weil sie auch Lehrer waren. Für meine Oma hat das Freilernen ihre Tätigkeit sehr in Frage gestellt. Mit der Zeit haben sich jedoch alle gut damit arrangiert, denn sie sehen, was aus uns geworden ist und begreifen, dass wir Abschlüsse machen können, wenn wir wollen.

Nachteile am Freilernen sehe ich für mich keine, denn mir steht trotzdem alles offen: Wenn ich wollte, könnte ich mit einem entsprechenden Abschluss studieren oder eine Ausbildung machen. Ich habe mich dagegen entschieden.

Stattdessen bin ich mit 15 Jahren mit meiner damaligen Freundin nach Frankreich zu ihrer Familie gezogen und habe im Geschäft ihrer Eltern angefangen zu arbeiten. Dort konnte ich Aufgaben, wie beispielsweise den Wareneinkauf und die Kalkulationen übernehmen. Ich bin mit 24 Jahren alleine wieder zurück nach Deutschland gezogen. Dort habe ich eine Arbeitsstelle als Lagerist in einem Großhandel für Naturkost gefunden. Diesen Job mache ich bis heute, zwischenzeitlich habe ich mich jedoch im Bereich Marketing fortgebildet. Mittlerweile mache ich überwiegend Social-Media-Marketing für Unternehmen aus dem Bereich der Biolebensmittel und Biolandwirtschaft.

Ich finde nicht, dass man Schule abschaffen sollte, denn für viele erfüllt sie ihren Sinn und Zweck. Es gibt Kinder, die zuhause kein Umfeld haben, das gut für sie ist, wo sie nichts lernen würden und deren Eltern sich auch nicht für sie interessieren. Diese Kinder brauchen das Schulsystem so wie es ist. Aber ich bin der Überzeugung, dass es dazu Alternativen geben sollte.

E
ONLINE

Warum verweigern sich Freilerner der deutschen Schulpflicht? Mehr auf einsteins-magazin.de

Klar mache ich mir darüber Gedanken, was ich mache, wenn ich mal eigene Kinder habe. Ich möchte natürlich nicht, dass sie das Gleiche erleben wie ich während meiner Schulzeit. Aber das Kind tickt diesbezüglich vielleicht ganz anders als ich und wenn es äußert, dass es zur Schule gehen will, werde ich ihm das auf jeden Fall ermöglichen. Ich bin der Meinung, der entscheidende Impuls sollte immer vom Kind kommen. ■

Aus der Recherche

Aber bitte mit Sahne: Malchus' Oma kam während des Interviews ins Wohnzimmer, brachte einen großen Erdbeerkuchen, stellte ihn wortlos auf den Tisch und verschwand.

**Karnickel statt
Fake News.
Willkommen im
Lokalen.**



www.drehscheibe.org

drehscheibe
aus Lokalredaktionen für Lokalredaktionen



Überwachung? Mit Sicherheit!

Die Polizei kann aufgrund des neuen Polizeiaufgabengesetzes unser Telefon abhören, Internetkonzerne verfolgen unsere Klicks: Überwachung ist so allgegenwärtig, dass wir sie manchmal vergessen. Netzaktivisten und Künstler kämpfen dagegen. Warum wir ihnen mal zuhören sollten.

von **Marie Fetzer**
Anna Sophia Merwald

Titelbild **Florian Mehnert**

Es ist der 8. Januar 2018 und Katharina Nocun erhält einen Brief. Polizeipräsidentium Köln steht drauf. Drinnen steckt die Gewissheit, dass sie seit fünf Jahren überwacht wird. Dass seit fünf Jahren ein Eintrag in der Datenbank Cybercrime der Polizeibehörden über sie existiert. „Ich engagiere mich ja gegen Überwachung, deshalb war ich schockiert“, erzählt Nocun. Damals hat sie eine Protestseite gegen ein Überwachungsgesetz ins Netz gestellt. Sie war politische Geschäftsführerin der Piratenpartei, ist Netzaktivistin und Bloggerin. Im Oktober 2017 hat sie das Auskunftersuchen gestellt. Mit einem Treffer hätte sie nicht gerechnet. Sie forderte die sofortige Löschung ihrer Daten. Mit einem Auskunftersuchen können Bürgerinnen und Bürger bei staatlichen Sicherheitsbehörden erfragen, ob es über sie Einträge in Datenbanken gibt. Für Nocun bedeutet ihr Eintrag Bestätigung. Bestätigung darin, weiter „gegen unkontrollierte staatliche Datensammlungen vorzugehen“.

„Je sicherer ein Land ist, desto mehr Sicherheit wird gewünscht.“

Gerade arbeiten Behörden daran, die Überwachung auszubauen. Mit schärferen Gesetzen versprechen sie mehr Sicherheit. Das neue Polizeiaufgabengesetz (PAG) der CSU in Bayern könnte als Vorlage für Sachsen und Nordrhein-Westfalen dienen. So drastisch wie in Bayern wird es dort aber wahrscheinlich nicht ausfallen.

Eine Formulierung des PAG ist von besonderer Bedeutung: der Begriff der „drohenden Gefahr“. Bisher konnte die Polizei nur bei einer „konkreten Gefahr“ tätig

werden. „Der Begriff ist durch langjährige Rechtsprechung gefestigt“, erklärt Rechtsanwältin Uta Katharina Schmidt aus Berlin. Klarheit, die jetzt fehlt. Ab sofort kann die Polizei schon früher eingreifen: Es reicht, dass eine Gefahr droht. Aber ab welchem Punkt ist der Verdacht ausreichend? Laut Schmidt ist der Begriff der drohenden Gefahr nicht eindeutig definiert. Die Formulierung enthalte zudem eine inhaltliche Doppelung: „Eine Gefahr ist bereits eine Situation, die bedrohlich ist“, erklärt Schmidt. Das führe zu einer großen Rechtsunsicherheit.

Der umstrittene Begriff stammt aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum BKA-Gesetz. Dieses Gesetz regelt die Aufgaben des Bundeskriminalamtes. Das Bundesverfassungsgericht hat das Gesetz im Jahr 2016 auf seine Verfassungsmäßigkeit geprüft. In dem verabschiedeten Urteil hat es sich mit dem Begriff der „drohenden Gefahr“ auseinandergesetzt. Es war die Rede von einer „im Einzelfall durch bestimmte Personen drohenden Gefahr“. Damit waren unter anderem Gefahren im Zuge des „Kampfs gegen den Terror“ gemeint. Mit dem PAG wird dieser Einzelfall ausgedehnt. Eine Bezeichnung, die ursprünglich für terroristische Gefährder gedacht war, kann jetzt auf alle bayerischen Bürger bezogen werden. Auf lange Sicht ist aber nicht das jeweilige Gesetz das Problem: „Man versucht den Begriff der drohenden Gefahr immer mehr auf weitere Felder auszuweiten“, erklärt Netzaktivistin Nocun.

Dabei leben bayerische Bürger ziemlich sicher. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann erklärte bei der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik von 2017: „In Bayern

leben, heißt sicherer leben.“ Demnach ist letztes Jahr die Zahl der Straftaten um 4,6 Prozent auf rund 585 000 zurückgegangen. Damit liegt sie so niedrig wie zuletzt vor 30 Jahren. Woher kommt dann unsere Angst?

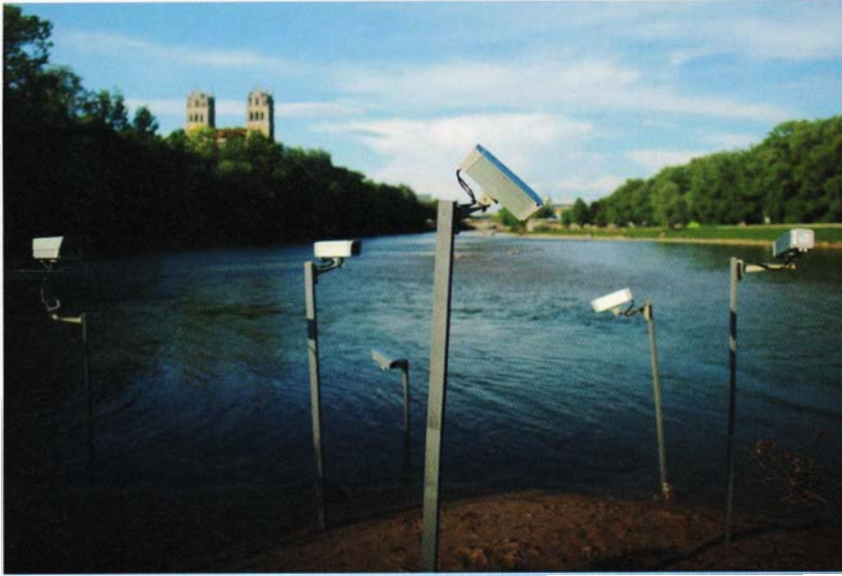
„Je sicherer ein Land ist, desto mehr Sicherheit wird gewünscht“, sagt Soziologe Wolfgang Bonß von der Universität der Bundeswehr München. Weil wir schon so sicher leben, fielen einzelne Ausreißer stärker ins Gewicht. „Sicherheit ist ein Gefühl, keine Tatsache. Wir fürchten uns am meisten vor Dingen, die uns selten bis nie begegnen und die wir deshalb nicht einschätzen können“, schreiben die Schriftsteller Ilija Trojanow und Juli Zeh in ihrem Buch *Angriff auf die Freiheit*.

Nur, wenn wir Unsicherheit ertragen, können wir unsere Freiheit retten.

Gesetze, die mehr Sicherheit versprechen, bewirken eher das Gegenteil: „Ängste werden so nicht beseitigt, sondern bestätigt“, sagt Soziologe Bonß.

Die CSU glaubt aber an „Sicherheit durch Stärke“. Seit zwei Jahren heißt das vor allem eins: den Ausbau der Polizei vorantreiben. „Der Rechtsstaat darf nicht hinter den Möglichkeiten seiner Feinde zurückbleiben“, heißt es in dem Sicherheitskonzept.

Der Rechtsstaat, das sind wir. Leute, die uns angreifen, unsere Feinde: So einfach ist das für die CSU. Damit wird vor allem der liberale Rechtsstaatsbegriff begrenzt. Eigentlich soll der liberale Rechtsstaat die Bürger vor staatlicher Willkür schützen. Jetzt wird die Auslegung des liberalen Rechtsstaatsbegriffs aber stärker



Überwachung mit Kunst sichtbar machen: Attrappen von Überwachungskameras an der Isar (oben, PolizeiKlasse München) und Bewegungsprofile auf Basis von Trackingdaten (unten, Florian Mehnert)

der Maxime von mehr Sicherheit untergeordnet. Diese Maxime missbraucht den Begriff „Rechtsstaat“, um fragwürdige Maßnahmen im Namen der Sicherheit durchzusetzen.

„Wir brauchen die notwendigen Rechtsgrundlagen wie etwa zur Entschlüsselung von Kommunikationsdaten“ – eine Forderung der CSU, um besonders gegen Cyberkriminalität vorzugehen. Dass aber auch Kritiker wie Netzaktivistin Nocun ins Visier geraten können, wird in Kauf genommen. Den Bürgern wird die Illusion vollkommener Sicherheit vorgegaukelt. Dabei gibt es einen so simplen wie wirksamen Weg aus der Paranoia: „Leute, ihr müsst Unsicherheit aushalten“, fordert Soziologe Bonß.

Die Angst, negativ aufzufallen, macht aus freien angepasste Bürger.

Und so pathetisch es auch klingen mag: Nur, wenn wir Unsicherheit aushalten, können wir unsere Freiheit retten. Doch wie viel ist davon überhaupt noch übrig?

Die größte Gefahr der Überwachung ist nicht sichtbar: Menschen schränken sich ein, weil sie wissen, dass sie überwacht werden. Manche Nachrichten werden nicht mehr gesendet, manche Begriffe nicht mehr gegoogelt. Der sogenannte „Chilling Effect“ wurde bereits in einer Studie nachgewiesen.

Jon Penney von der Universität Oxford hat die Auswirkungen von Überwachung auf das Verhalten von Wikipedia-Nutzern untersucht. Das Ergebnis: Nach den Snowden-Enthüllungen im Jahr 2013 wurden kontroverse Artikel viel seltener geklickt. Themen, die in irgendeiner Weise mit Terroris-

mus zusammenhängen, wurden fast 30 Prozent weniger aufgerufen. Die Angst, sonst negativ aufzufallen, macht aus freien angepasste Bürger.

Ein Kollektiv der Münchener Kunstakademie sagt „NEIN“ zu Überwachung. Die sogenannte PolizeiKlasse will sich nicht anpassen. „Wir versuchen, mit künstlerischen Mitteln im öffentlichen Raum Meinungsbildung und Politisierung zu fördern“, sagt ein Mitglied des Kollektivs.

Damit fallen sie auf. Auch der Polizei. Zum ersten Mal, als sie im März an der Akademie ein Banner aufgehängt hatten: „POLIZEISTAAT“ stand in schwarzen Lettern drauf. Innerhalb einer halben Stunde tauchte die Polizei auf und zwang sie, das Banner zu entfernen. Das Kollektiv bleibt dabei: „NEIN zur Haft ohne Prozess“, „NEIN zu modernen Stasimethoden“. Das NEIN tragen sie auf T-Shirts, drucken es auf Flugblätter und werfen diese pünktlich zum Glockenschlag vom Rathausurm auf den Marienplatz in München – „Sommerschnee“. Sie

stellen Überwachungskameras in der Isar auf und zeigen, wie einfach wir uns die Privatsphäre nehmen lassen. Die hat jeder zu verbergen, auch wenn viele das mit einem Schulterzucken abtun.

Wir wissen, dass Google und Co. unsere Daten speichern. Aber gleichzeitig können wir nicht glauben, dass diese abstrakten Datensammlungen reale Auswirkungen auf uns haben. Künstler Florian Mehnert versucht, Überwachung sichtbar zu machen. Jeder kann mit einer App seine eigenen Bewegungen tracken lassen. In Mehnerts Ausstellung Freiheit 2.0 werden aus unseren Daten Kunstwerke. Er fügt die Daten zu bunten Bewegungsprofilen zusammen. *The Beauty of Privacy* nennt er die Bilder.

In der Vergangenheit hat er vor allem mit radikalen Aktionen auf sich aufmerksam gemacht: 2013 hat er Waldgebiete verwandt und die Gespräche von Spaziergän-



Anzeige



Dom-**St. Willibald**
und Universitätsbuchhandlung

Lieferstress? Keiner da, der Päckchen entgegen nehmen kann?

Kein Problem: Bestellen Sie bei uns und holen Sie die Bücher im Laden ab.

Dom- und Universitätsbuchhandlung
St. Willibald GmbH

Marktplatz 5 · 85072 Eichstätt
Telefon 08421 80326

Öffnungszeiten

Montag bis Freitag von 8.30 Uhr bis 18 Uhr
und Samstag von 8.30 bis 12.30 Uhr



Du willst einen Kredit beantragen? Oder wissen, welche Versicherungstarife es für dich gibt? In solchen Fällen können Algorithmen eine Einschätzung geben.

gern veröffentlicht – seine Waldprotokolle haben ihm Anzeigen und Morddrohungen eingebracht. „Auf der einen Seite benutzen sie Gmail und dulden, dass alles mitgelesen wird und dann echauffieren sie sich über sowas“, sagt Mehnert. Er erlebt immer wieder, dass sich Menschen weniger an der existierenden Überwachung stören als vielmehr an seiner Kunst: „Einen Künstler als Einzelperson kann man auch gut anzeigen“, erklärt er. Einen Konzern wie Google zeigen die Leute nicht an.

Die Überwachung der großen Internetkonzerne nehmen wir durch die vielen Gratisangebote in Kauf“, sagt Mehnert. Was wir vergessen: „Menschliche Daten werden als Rohstoffe gehandelt.“ Für ihn ist das eine Verletzung der Würde. Die Nutzung großer Internetplattformen, wie zum Beispiel Facebook, ist zwar gratis, aber niemals umsonst: Wir zahlen mit unseren Daten. Sie werden gesammelt und verkauft. Die Abnehmer sind meist Analysefirmen, die personalisierte Werbung schalten. Ein riesiges Geschäftsmodell: Die Unternehmen verdienen das Geld, wir liefern den Rohstoff.

Wie viel unsere Daten wert sind, dazu hat die *Financial Times* 2013 einen Datenrechner veröffentlicht. Hier kann jeder selbst ausrechnen, wie viel ein Unternehmen für die eigenen Daten bezahlen würde. Der Durchschnittswert: Ein Datenpaket mit ungefähr 30 Merkmalen gibt es für einen Euro. Allgemeine Informationen zu Geschlecht, Alter und Wohnort sind den Unternehmen 0,00005 Dollar wert. Du bist schwanger? Dafür zahlen Firmen 0,08 Dollar. Du bist kürzlich umgezogen? 0,085 Dollar. Es gilt: je spezifischer eine Information, desto wertvoller.

Solche Daten können mehr über unsere Persönlichkeit verraten, als wir denken. Das hat Michal Kosinski, Psychologe an der Universität Stanford, herausgefunden. Für seine Studie haben sich 58 000 Facebook-Nutzer aus den USA gemeldet. Sie erlaubten ihm, die Informationen ihrer abgegebenen Likes zu nutzen. Kosinski konnte daraus einen Algorithmus entwickeln, der Persönlichkeitsprofile erstellt. Mit zehn Facebook-Likes kann der eine Person besser beschreiben als ein Arbeitskollege. 150 Likes genügen, um die Einschätzung der Eltern zu überbieten und 300 Likes, um das Verhalten genauer vorherzusagen als der Partner. Wer zum Beispiel auf Facebook Sting mag, ist eher schwul. Wer Harley Davidson geliked hat, ist laut Statistik weniger intelligent. In der Studie werden solche Indizien zu einem Persönlichkeitsbild zusammengesetzt.

„Wo Daten sind, können sie missbraucht und gestohlen werden.“

Was unsere Klicks über uns aussagen können, ist faszinierend, aber auch beängstigend. Vor allem, wenn Algorithmen unser reales Leben beeinflussen. Du willst einen Kredit beantragen? Oder wissen, welche Versicherungstarife es für dich gibt? In solchen Fragen können Algorithmen eine Einschätzung geben. Künstler Mehnert warnt: „Algorithmen können nur approximieren“, nur Wahrscheinlichkeiten berechnen. Die Konferenz *unabhängiger Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder* sieht darin die „Gefahr von Diskriminierungen und Stigmatisierungen bis hin zu Fehlentscheidungen“.

Für Michael Schommer, Vorsitzender des Vereins No-Spy, gibt es nur einen Weg, um sich gegen das permanente Datensammeln zu wehren: möglichst sparsam mit ihnen umgehen. „Wo Daten sind, werden sie missbraucht und können gestohlen werden“, sagt er. Verschlüsselt zu kommunizieren und mehr Privatsphäre-Einstellungen im Browser, das kann schon helfen. Ist aber vielen immer noch zu aufwändig.

Genau gegen diese Bequemlichkeit kämpft Netzaktivist Robert Kugler. Bei sogenannten „Crypto Partys“ bringt er Menschen bei, sich sicher im Internet zu bewegen. In der Öffentlichkeit gelten selbst die einfachsten Möglichkeiten häufig als sehr kompliziert:

„Die Menschen denken, sie könnten was falsch machen und machen deshalb gar nichts“, erklärt Kugler.

Dabei kann jeder von Zuhause seine Daten bei Unternehmen anfragen: „Das ist ein erster Schritt in Richtung informationeller Selbstbestimmung“, findet Nocun.

Für ihr Buch *Die Daten, die ich rief* hat sie eine Datenanfrage an Amazon gestellt. Zurück bekam sie genaue Übersichten ihrer Klicks, Informationen darüber, welche Seiten sie vor und nach Amazon besucht hat. Außerdem: In welchem Land sie sich laut IP-Adresse befindet, welchen Internetanbieter sie nutzt. Genug Daten für ein Bewegungsprofil. Dass so genaue Daten gespeichert werden, will ei-

gentlich niemand. Trotzdem nutzt fast jeder solche Internetdienste. Auch Nocun verkauft ihr neues Buch bei Amazon. ■

Aus der Recherche

Die beiden Autorinnen tauchten so tief ins Internet ein, dass sie nur noch verschlüsselt kommunizierten und von Interviewpartnern mit unterdrückter Nummer angerufen wurden.

Anzeige

MEVLANA

KEBAP HAUS



Marktgasse 2, 85072 Eichstätt
 Telefon: 08421/9092728
 facebook/Mevlana-Kebap-Haus-Eichstätt

Öffnungszeiten:
 Montag bis Samstag 10 - 22 Uhr
 Sonntag und Feiertage 11 - 22 Uhr



Wogegen würden Sie auf die Straße gehen? - Teil 3 (Fortsetzung von Seite 37)



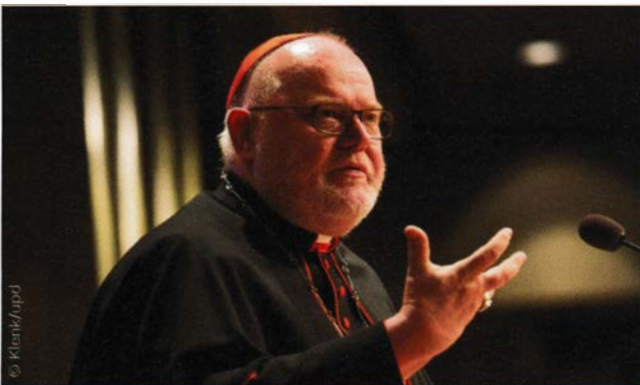
Marcus H. Rosenmüller

Der Regisseur schrieb in seiner Jugend Gedichte, die er seiner Fußballmannschaft im Trainingslager leidenschaftlich vortrug. Irgendwann versteckten seine Kameraden die Gedichtshefte. Das half alles nichts – Rosenmüller kannte seine Gedichte auswendig.

„Ich protestiere wahrscheinlich andauernd. Meistens natürlich in Diskussionen mit Freunden oder in der Familie. Es dient einfach dazu, seine Meinung zu festigen und zu verbreiten oder oftmals die Meinung dann doch noch zu ändern, wenn die Argumente der Gegenprotestanten mehr greifen als die eigenen. Es gibt aber natürlich Momente des Protests, die über die Privatsphäre hinausgehen, da sie gesellschafts- und politikrelevant sind. Da geht es dann etwa um bürgerfeindliche Eingriffe der Politik in die Rechte des Bürgers, zum Beispiel um das Polizeiaufgabengesetz. Es muss dem Bürger möglich sein, seine Unzufriedenheit offen zeigen zu dürfen.“

„Die Poesie ist anarchisch!
Kunst ist Widerstand.“

Konstantin Wecker



Reinhard Marx

Der Kardinal und Vorsitzende der Bischofskonferenz kritisierte den Kreuzerlass der CSU hart. Wer das Kreuz nur als kulturelles Symbol sehe, habe es nicht verstanden, sagte er in der *Süddeutschen Zeitung*.

„Protest ist ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Debatte in einer pluralen, demokratischen Gesellschaft. Wer protestiert, der ‚bezeugt öffentlich‘, so die wörtliche Bedeutung, die den Protest dem Glauben verwandt macht. Und natürlich sind insbesondere auch wir Christen gerufen, unsere Haltung

öffentlich zu bezeugen und in die gesellschaftlichen Debatten einzubringen. Denn wer im guten Sinne protestiert, der bezeugt nicht nur, gegen was er ist, sondern vor allem auch, für was er einsteht. So sollte jeder ernst gemeinte Protest zugleich ein alternativer Vorschlag sein, ein ‚Pro-Test‘, ein Zeugnis für etwas!“



Konstantin Wecker

Kurz vor dem Abitur hatte der Liedermacher gemeinsam mit einem Freund Geld aus dem Tresor der Pferderennbahn Riem gestohlen. Später musste er dafür vier Monate ins Gefängnis. Seine kritische Haltung gegenüber Staat und Wirtschaft begleitet ihn bis heute.

„Ich protestiere gegen den Neoliberalismus und setze mich für eine Gegenkultur ein. Die größte Infa-

mie des Neoliberalismus besteht darin, uns einzureden, alle derzeitigen Ungerechtigkeiten, die Ausbeutung und all die ökonomischen Verbrechen, seien alternativlos. Die Mächtigen halten mit eisernen Zangen an ihrer Macht fest. Sie wissen nichts von der Schönheit des Mitgefühls. Deshalb müssen sie alles zerstören, was ihnen von ihrem Ego getrennt erscheint.

Gegenkultur heißt nicht ‚gegen Kultur‘, sondern, gegen die Kultur der Herrschenden zu sein. Gegen eine Kultur der Ablenkung, der Verniedlichung und der Zerstörung. Gegen eine Kultur, die uns das Wissen austreiben will, dass wir aufbegehren und die Welt verändern können. Wer, wenn nicht die Kunst, soll nun die Außenseiter, die Sanften, die Verrückten, die seitlich Umgeknickten beschützen? Poesie ist ein Anker in einer Welt, deren einziges Ziel zu sein scheint, sich hemmungslos über alle Grenzen der Menschlichkeit hinweg materiell zu bereichern.

Die Poesie ist anarchisch! Sie lässt sich nicht in ein ideologisch starres Gebäude zwängen, selbst wenn sie sich ab und an darin wiederfindet. Die Poesie singt, weil sie ein Lied hat, nicht weil es gefällt. Poesie ist Widerstand. Kunst ist Widerstand. Weil die Herrschenden diese Sprache nicht verstehen. Davor haben sie Angst: vor den Dichtern, den Träumern und Fantasten. Wir müssen nun zusammenhalten und zusammen widerstehen. Mit dem Herzen denkend. Denn es kommt etwas auf uns zu, was nie wieder hätte aus dem Dunkel kriechen dürfen. Der Philosoph Franco Berardi schreibt: ‚Wir werden in den nächsten zehn Jahren eine identitäre Aggression erleben – ich verwende das Wort Faschismus nicht, aber ich denke, es ist etwas sehr Ähnliches.‘“

Anzeige



Friseur RUDLOFF

Gabrielstr.2 - Eichstätt

Phone: 08421-4797

www.friseur-rudloff.de

Jeder Tag ist Studententag

mit 10 % auf alle Dienstleistungen!



Mehr. Von. Uns.

... ist besser für alle.
Pflegerinnen aus dem Saarland
kämpfen gegen den
Pflegenotstand. Ihr Streik
erfordert genaue Organisation
und Durchhaltevermögen.

von **Miriam Meyer**
Selina Oberpriller
Lukas Peters

Wo ist die Pflege?“, halt es durch ein Megafon über die Rheinbrücke. „Am Boden!“, brüllt Sabine Stein und hockt sich mit etwa hundert ihrer Kollegen auf die abgesperrte Straße. Auf der anderen Brückenseite rasen Autos an ihnen vorbei, viele hupen. „Was macht die Pflege?“, schreit ein junger Mann ins Megafon. „Aufstehen!“, feuert der Chor zurück und rappelt sich wieder auf. Die Sonne knallt auf Düsseldorf herab, keine Wolke ist am Himmel zu sehen. Der Schweiß läuft Sabine den Nacken herunter. Um ihren Hals hängt eine rote Trillerpfeife. Sabine nimmt sie in den Mund und zusammen mit dem Pfeifen aller anderen entsteht ein ohrenbetäubender Lärm. Jeder in Düsseldorf soll sie hören, jeder soll verstehen, wieso Sabine und ihre Kollegen heute hier sind.

„Ich hatte das Gefühl, nur noch unzufrieden aus der Arbeit zu gehen.“

Dienstag, 19. Juni, Homburg im Saarland. Es ist 5:30 Uhr, die Sonne versteckt sich noch hinter den Tannen, die die Auffahrt des Universitätsklinikums des Saarlandes (UKS) säumen. Etwa 30 Personen in neongelben Warnwesten mit *ver.di*-Schriftzug auf dem Rücken stechen aus der düsteren Einfahrt hervor. Die kleine Gruppe von Krankenpflegerinnen und Krankpflegern ist bereits mit Bannern und Trillerpfeifen ausgerüstet.

Sabine läuft mit zwei Kaffeebechern in den Händen auf die Pforte zu. Sie ist heute zwanzig Minuten früher aufgestanden als normal zu ihrer Frühschicht. Ihre sonst so wachen Augen sind noch nicht ganz offen, die rötlichen Haare fallen wellig über ihre Schultern.

Die 31-Jährige arbeitet schon seit sieben Jahren auf einer onkologischen Station des UKS. Doch unter den aktuellen Arbeitsbedingungen will Sabine keine weiteren sieben Jahre dort bleiben: „Ich hatte das Gefühl, nur noch unzufrieden aus der Arbeit zu gehen. Das reicht mir jetzt!“

Oft bedeutet Streik in der Pflege einfach: Dienst nach Vorschrift.

Deshalb ist Sabine heute hier draußen vor dem UKS und nicht drinnen auf ihrer Station. Die Gewerkschaft *ver.di* hat einen zweitägigen Warnstreik am Klinikum organisiert. Sie fordert einen Entlastungstarifvertrag. Das bedeutet konkret: eine Personaluntergrenze für jede Station, Konsequenzen, wenn diese unterschritten wird und einen Pool von mindestens 50 Pflegekräften, die im Notfall einspringen.

Die Gewerkschaft hat der Klinikleitung hundert Tage Zeit gegeben, um Gesprächen für einen Tarifvertrag zuzustimmen. Das Ultimatum läuft am Freitag ab – es ist der hundertste Amtstag der Großen Koalition. Passiert ist bis Streikbeginn noch nichts. Mit dem Streik wollen die Beschäftigten und *ver.di* Druck auf den Arbeitgeber ausüben.

Aber in der Pflege zu streiken, ist kompliziert. Schließlich muss die Versorgung der Patienten immer gewährleistet sein. Schon ein zweitägiger Warnstreik bedarf genauester Vorbereitung und Organisation. Arbeitgeber und Gewerkschaft müssen sich auf eine Notdienstvereinbarung einigen. Diese regelt die Besetzung der Stationen während des Streiks.

Oft bedeutet Streik in der Pflege einfach: Dienst nach Vorschrift.

Das heißt, die Pflegenden arbeiten nur so viel, wie im Vertrag vereinbart. Sie springen nicht mehr ein, wenn sie frei haben, machen vorschriftsmäßig ihre Pausen und führen Anweisungen der Ärzte nur nach schriftlicher Anordnung aus.

Im normalen Arbeitsalltag undenkbar: Im September 2017 hat *ver.di* Pflegenden in ganz Deutschland dazu aufgerufen, sich einen Tag lang vorschriftsgemäß vor und nach jedem Patientenkontakt die Hände zu desinfizieren. Im Saarland mussten 34 der 78 beteiligten Stationen die Aktion bereits um acht Uhr morgens abbrechen, weil die Pflegenden die Versorgung der Patienten nicht sicherstellen konnten.

Um ein Krankenhaus streikbereit zu machen, ist ein hoher Organisationsgrad notwendig. Von den insgesamt 5 000 Beschäftigten am UKS sind rund 2 000 in der Pflege tätig, 1 200 sind *ver.di*-Mitglieder. Deshalb gibt es auf jeder Station, die sich am Streik beteiligt, einen Delegierten, der alle wichtigen Informationen an seine Kollegen weitergibt. Sabine ist für ihre Station zuständig.

Inzwischen haben sich die Pflegenden entlang der Zufahrtsstraße zum Klinikum aufgestellt, um den morgendlichen Verkehr zu verlangsamen. Alle, die zum Klinikum wollen, müssen an ihnen vorbei. Sabines beige Armbanduhr zeigt genau sechs Uhr. Mit dem Beginn der Frühschicht hat der Warnstreik offiziell begonnen. Ihre Kollegen fangen an, breite Banner auszurollen. Sabine sieht kaum über den Rand des großen Transparents mit der Aufschrift „Mehr von uns ist besser für alle.“ Ihre Kollegin Klaudia steht mitten auf der Straße und verteilt Flyer an vorbeifahrende Autos und Radfahrer.

Eine halbe Stunde nach Streikbeginn haben sich schon etwa 60 Streikende an der Pforte versammelt. Ein älterer Herr mit Fahrradhelm fährt zwischen Klaudia und ihren Kollegen durch. Im Vorbeifahren schnappt er sich einen Flyer, lacht, winkt der Gruppe zu und ruft: „Haltet durch!“ Wenig später fährt ein junger Mann im Anzug in einem schwarzen Cabriolet mit offenem Verdeck vor. Er will keinen Flyer von Klaudia und gibt Gas. Sie reagiert jedoch prompt, läuft ihm nach und schmeißt einen Flyer durch das offene Dach. Ihre Kollegen applaudieren wie wild und pfeifen laut.

Aber nicht bei jedem Kollegen hat Klaudia Erfolg, manche lassen das Fenster auch einfach oben und fahren weiter. Denn nicht alle Beschäftigten sind mit dem Streik einverstanden. Einige sind der Meinung, er bringe ohnehin keine Verbesserungen oder aber sie haben ein schlechtes Gewissen, wenn sie Patienten und Kollegen im Stich lassen.

Ben Brusniak bezeichnet diesen Zwiespalt als „Scheren im Kopf der Pflegenden“. Der 35-Jährige ist seit April an der Seite von Michael Quetting *ver.di*-Gewerkschaftssekretär im Saarland und übernimmt die Leitung für den Warnstreik. Als

gelernter Krankenpfleger kennt er diese Gespaltenheit gut.

„Ich bin heute allein hier, ich bräuchte selbst einen Notdienst.“

Andere Pflegende trauen sich aber auch einfach nicht zu streiken. Sie haben Angst vor Konsequenzen durch den Arbeitgeber, Angst, ihren Job zu verlieren und bei der Bewerbung um einen neuen schlechtere Chancen zu haben. Obwohl in der Notdienstvereinbarung festgehalten ist, dass der Arbeitgeber keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen ziehen darf und die Patientenversorgung gesichert sein muss.

Später am Vormittag zieht ein Teil der Gruppe mit bunten Stickern, Flyern und Plakaten in die Homburger Innenstadt. Die anderen besuchen verschiedene Stationen des UKS, um sich bei den Pflegenden, die im Notdienst arbeiten, für ihren Einsatz zu bedanken. Sabine läuft mit drei weiteren Pflegerinnen durch die leeren Klinikflure. Noch immer tragen sie ihre neonfarbenen Warnwesten. Deshalb ziehen sie schnell die Blicke von Kollegen auf sich. Manche schauen abschätzig weg, andere nicken ihnen aufmunternd zu. „Ich bin heute allein hier, ich bräuchte selbst einen Notdienst“, sagt eine Pflegerin.

Sabine besucht auch ihre eigene Station, obwohl Quetting davor gewarnt hat. Es bestehe die Gefahr, dass die Streikenden Mitleid mit ihren Kollegen bekämen und dortblieben. Aber Sabine ist sich sicher, ihre Kollegen würden sie gar nicht bleiben lassen. „Die wollen ja, dass ich für uns kämpfe“, sagt sie. Auf ihrer Station konnten sie bereits Anfang des Jahres einen Erfolg erzielen. Sie forderten von

„Wo ist die Pflege?“ – „Am Boden!“ Sabine und Kollegen stellen es nach.



der Klinikleitung in einem Ultimatum 23 statt wie bisher 18 Vollzeitpflegekräfte und drohten Dienst nach Vorschrift an. Soweit musste es aber nicht kommen: Kurz vor Ablauf des Ultimatums einigten sie sich mit dem Arbeitgeber auf 21 Vollkräfte und eine Assistenzstelle am Empfang, die für Patientenaufnahmen zuständig ist. Bisher konnte allerdings nur die Assistenzstelle besetzt werden.

Trotz der Entlastung hat Sabine mittlerweile 150 Überstunden angesammelt. Erst vor Kurzem hat sie sich wieder bei ihrem Freund entschuldigt. „Ich habe ihm ein Bild von mir hingestellt, damit er sich erinnert, wie die Fremde aussieht, die so selten zuhause ist“, erzählt sie einer Kollegin.

Am Donnerstag haben sich Klinikleitung und Gewerkschaft nach achtstündigen Verhandlungen auf eine Notdienstvereinbarung geeinigt. In dieser wurde festgehalten, dass für den Warnstreik die schlechteste Wochenend-Besetzung der letzten vier Wochen zugesichert wird. Denn nicht selten kommt es bei Pflegestreiks vor, dass die Notbesetzung während des Streiks besser ist als normal. Eine Krankenschwester klagt am Streikposten, dass sie erst vor einigen Wochen eine Spätschicht

alleine gemacht hat, für die in der Notdienstvereinbarung nun zwei Kräfte vorgesehen sind. Zusätzlich steht an den beiden Tagen die normale Anzahl an Bereitschaftskräften zur Verfügung und vier OP-Teams sind für den Notfall eingeplant.

Ein großer Erfolg für die Beschäftigten und die Gewerkschaft ist, dass zum ersten Mal 135 Betten zur Schließung angemeldet werden konnten. Das seien zehn bis zwölf Prozent der Betten des ganzen Klinikums, die während des Streiks nicht besetzt werden dürfen, erklärt Brusniak.

Die Klinik versuchte, den Streik in letzter Minute zu verhindern.

Es wurde eine ganze Station der Frauenklinik geschlossen. Das war nur möglich, indem Patientinnen auf andere Stationen verlegt und entlassen wurden. „Fälle, bei denen man sonst vielleicht noch einen Tag abgewartet hätte, wurden dann nach Hause geschickt“, erklärt eine junge Schwester einer Gynäkologie-Station. Dort wurde die Anzahl der Betten bereits dauerhaft von 25 auf 21 reduziert, weil das Personal einfach nicht mehr ausreichte.

Dabei war noch bis zum Vortag nicht klar, ob der Streik überhaupt stattfinden kann. Die Leitung des UKS hatte versucht, ihn in letzter Minute zu verhindern. Sie beantragten eine einstweilige Verfügung vor dem Arbeitsgericht Berlin, um zu prüfen, ob der Streik rechtlich zulässig ist. Dadurch sollten Schäden am Klinikum und Beeinträchtigungen der Patienten verhindert werden, teilte die Klinikleitung EINSTEINS mit. Die Gewerkschaft hat davon erst vergangenen Freitag erfahren, als die Notdienstvereinbarung schon unterzeichnet war. Am Montag, weniger als 24 Stunden vor Streikbeginn, entschied das Gericht dann, der Streik dürfe stattfinden. „Wäre die Klage erfolgreich gewesen, hätten wir die Vorbereitungen für eine Auseinandersetzung zwar nicht abgebrochen, aber wir hätten einen großen Dämpfer bekommen“, erklärt Quetting.

Mit drei Bussen fahren die Streikenden am nächsten Morgen aus Homburg nach Nordrhein-Westfalen und treffen dort auf ihre Kollegen aus den Unikliniken Düsseldorf und Essen, die gerade ebenfalls streiken. Eine Gruppe bleibt am Streikposten vor dem UKS, um im Notfall doch einspringen zu können.

Anzeige

Wir machen
Euch



Dom-Apotheke Eichstätt

für Studium, Beruf
und Freizeit !

Domplatz 16 – 85072 Eichstätt – Telefon 08421 / 1520

Gesundheitsminister Spahn setzt an, doch seine Worte gehen im Geschrei der Pflegenden sofort wieder unter. „Zu spät! Zu spät! Viel zu spät!“

Sabine plant auf dem Weg nach Düsseldorf ihre Rede. Sie hat schon öfter auf Kundgebungen oder Demonstrationen gesprochen, trotzdem fährt sie sich immer wieder nervös durch die Haare. Ein paar Reihen weiter hinten ist die Stimmung ausgelassener: Einige Pflegerinnen trinken Hugo aus kleinen rosa Dosen. Kollegin Kerstin protestiert Sabine zu. „Auf Bine, unsere Geheimwaffe!“ Die beiden laufen durch den Bus und malen allen mit bunter Schminke eine Hand auf die Wange, passend zu ihrer Forderung „Mehr Hände für’s UKS“.

Es ist kein Zufall, dass am zweiten Tag des Streiks die 91. Gesundheitsministerkonferenz in Düsseldorf stattfindet. Unter dem Motto „Eingeladen sind wir nicht. Wir kommen trotzdem“ hat *ver.di* zu einer Großdemonstration aufgerufen. Kurz vor der Ankunft in Düsseldorf klickt der Lautsprecher im Bus. „Gestern war ein voller Erfolg!“, ruft Quetting durch den Gang des Busses. „Die Klinikleitung war erschrocken, wie ernsthaft wir unser Ziel verfolgt haben.“ Alle applaudieren und johlen. Was

Quetting in seiner Ansprache nicht erwähnt, ist, dass er am Vortag eigentlich doppelt so viele Streikende erwartet hat als sich tatsächlich in die Listen eingetragen haben. Laut Max Manzey, einem Organisator von *ver.di*, der bei der Planung und Durchführung des Streiks hilft, haben sich am ersten Tag 150 Beschäftigte in die Listen eingetragen. In den Bussen am Dienstag fahren etwa 130 Pflegenden mit, weitere 60 sind am Streikposten in Homburg geblieben. Aber seine Enttäuschung lässt sich Quetting nicht anmerken. „Wenn der Spahn uns alle eingewickelt hat, wickelt Sabine, unsere Geheimwaffe, uns wieder aus!“

2000 Demonstranten werden erwartet, teilt ein Polizist mit, der die Demonstranten aus Homburg über die abgesperrte Rheinbrücke eskortiert. Laut *ver.di* sind es zum Höhepunkt der Veranstaltung rund 4000. Je weiter die Saarländer in die Stadt laufen, desto mehr Pflegegruppen aus ganz Deutschland stoßen dazu. Ihr Pfeifen und Geschrei hallt durch die Hochhausschluchten.



Pfleger auf Konfrontation mit dem Gesundheitsminister in Düsseldorf

Durch die Lautsprecher schallt die Stimme einer Pflegerin, die von katastrophalen Zuständen an ihrem Klinikum berichtet.

Sabine kämpft sich durch die Menge in Richtung Bühne. Eigentlich hatte sie eine Rede an ihre Mitstreiter vorbereitet. Doch dann kommt plötzlich die Nachricht, dass sie mit einigen *ver.di*-Kollegen aus anderen Krankenhäusern auf die Bühne soll, wenn Gesundheitsminister Jens Spahn spricht, um ihm ihre Meinung zu sagen. Hektisch fährt sie sich durch die Haare und kaut auf der Unterlippe.

E
ONLINE

Protest in der Pflege? Neben Streik gibt es auch kreative Demonstrationen. Mehr auf einsteins-magazin.de

Überraschend kommen alle 16 Gesundheitsminister der Länder mit Spahn auf die Bühne. Sie werden von Buh-Rufen und schrillum Pfeifen empfangen und kommen trotz Mikrophon kaum zu Wort. Eine wütende Stimme schreit aus der Menge heraus: „Wann werden endlich die Stellen besetzt, die Sie versprochen haben?“ Spahn setzt an, doch seine Worte gehen im Geschrei der Pflegenden sofort wieder unter. „Zu spät! Zu spät! Viel zu

spät!“ Der Klang der Stimmen hallt über den ganzen Platz. In der hinteren Ecke der Bühne steht Sabine. Sie hat die Arme vor der Brust verschränkt. Ihr Blick wird immer grimmiger, je länger der Gesundheitsminister spricht.

Dann geht alles ganz schnell: Die Minister müssen weiter und verlassen die Bühne wieder. Sabine bekommt nicht mehr die Chance, die Politiker zu konfrontieren. Zu viele hatten ihnen etwas zu sagen. „Ich hätte meinen Text spontan über Bord geworfen“, sagt Sabine später. Vor allem an Monika Bachmann, die Gesundheitsministerin des Saarlandes, hätte sie ein paar Fragen gehabt. „Mich würde mal interessieren, wo die 1000 Stellen bleiben, die sie uns vor den Landtagswahlen versprochen hat!“

Trotzdem sind die Streikenden euphorisch, dass so viele das Gleiche fordern wie sie. Wenn das Ultimatum am Freitag abläuft, startet ein Countdown, an dessen Ende eine Urabstimmung aller *ver.di*-Mitglieder des UKS steht. Sollten 75 Prozent einem unbefristeten Streik zustimmen, steht dem nichts mehr im Weg. Am Ende überwiegt die Müdigkeit nach zwei anstrengenden Streiktage. Streik in der Pflege ist kein Urlaub, sondern ziemlich harte Arbeit. ■

Aus der Recherche

Die drei Autoren haben auf Recherche einen ersten Eindruck bekommen, wie anstrengend der Pflegeberuf ist. Sie mussten sich schon um vier Uhr nachts aus dem Bett quälen. Sonst kommen Studenten um diese Uhrzeit ja bekanntlich erst nach Hause.

Anzeige

Seit  1492

Hofmühl

Eichstätter Braukunst

TROPHÄENSAMMLER.

GENUSS IST UNSER BIER

WWW.HOFMUEHL.DE

Stoppt den Geiz!

Wer guten Journalismus will, muss auch dafür zahlen! Ein Aufruf.

von **Thomas Balbierer**

Wenn man als Journalistik-Student mit erfahrenen Zeitungsredakteuren spricht, hört man oft den gut gemeinten Rat: Mach' lieber etwas anderes. Freie Mitarbeiter kämpfen ums finanzielle Überleben, festangestellte Redakteure verzichten seit Jahren auf reale Lohnsteigerungen. Redaktionen werden immer schwächer. Während alle anderen Wirtschaftsbereiche brummen, darbt der Journalismus. Düstere Aussichten für uns angehende Journalisten.

Wir fühlen uns im Stich gelassen. Von den Verlagen, die den Traumberuf Journalist jahrelang kaputtgespart haben und auch heute kaum um unsere Gunst buhlen. Und von den Leserinnen und Lesern, die die Arbeit nicht honorieren, von der wir in Zukunft leben wollen. Sie lesen ihre Nachrichten online und das am allerliebsten kostenlos. Für Berichte, Interviews oder Reportagen im Netz zu zahlen, sehen viele nicht ein. Große Teile des Publikums sind blind für den Fakt, dass auch Online-Journalismus Geld kostet.

Laut einer *Allensbach*-Umfrage von 2017 finden 88 Prozent der über 16-Jährigen, dass Qualitätsmedien sehr wichtig oder zumindest wichtig für das Funktionieren der Demokratie sind. Nur zahlen will dafür fast niemand.

Laut *Allensbach* würde nur rund ein Viertel der Menschen, die sich im Netz über Politik informieren, Geld für journalistische Angebote ausgeben. Ein Viertel! Die überwiegende Mehrheit ist nicht bereit zu zahlen. Ein Widerspruch, der in einer weiteren Befragung noch deutlicher wird: Nach Zahlen des Wirtschaftsprüfers PwC wünschen sich neun von zehn Lesern mehr Redakteure für den Kampf gegen Fake News. Großartig! Nur das Geld dafür müssen die Medien woanders suchen – 64 Prozent würden laut PwC nicht zahlen.

Dieser Geiz muss aufhören. Ansonsten ereilt den Journalismus das Schicksal einer Kneipe, in der die Stammgäste jahrelang beim Wirt anschreiben. Wenn der Wirt die Schulden eintreiben will, ist keiner der Gäste mehr bereit zu zahlen. Die Kneipe geht pleite.

Im Journalismus sind die Folgen des jahrelangen Schnorrens längst zu beobachten: Redaktionen werden kaputtgespart oder ganz aufgelöst. Zeitungen fusionieren, um Profite zu sichern. Die Anforderungen an die Journalisten steigen, während die Gehälter stagnieren. Für große Recherchen ist weniger Budget da. Anstatt in den Journalismus strebt der fähige Nachwuchs oft in potentere Branchen. Diese Entwicklungen verwunden den Journalismus und können seine Existenz gefährden.

Doch eine Demokratie braucht freie Medien. Sie informieren, kritisieren und kontrollieren das Handeln der Mächtigen. Man denke zum Beispiel an die „Panama Papers“ der *Süddeutschen Zeitung* oder die *Spiegel*-Recherchen zur Affäre um die WM 2006. Auch im Lokalen decken Journalisten immer wieder Missstände auf. Guter Journalismus macht den Leser mündig.

Journalistische Arbeit im Internet zu honorieren, kostet im Monat nicht viel mehr als ein Netflix-Abo – und geht inzwischen genauso bequem. Wer sich also gerne im Netz über Weltpolitik, Sport oder

Lokalnachrichten informiert, sollte vielleicht mal über ein digitales Zeitungsabo nachdenken. Dieser Tipp ist gratis – ausnahmsweise. ■

Aus der Recherche

Thomas Balbierer stieß bei der Recherche auf den Slogan „Und immer an den Leser denken“ von *Focus*-Gründer Helmut Markwort. Zeit, dass der Leser auch mal an uns denkt, findet der Autor.

Anzeige

Der Weg in den modernen Journalismus ...

Zeitung
ist
Zukunft



Foto: Johannes Hauser

Die DK-Volontäre – Wir machen sie fit für den Journalismus

Als große Regionalzeitung in Bayern setzen wir auf den Nachwuchs. Wir fördern intensiv junge Talente und bilden sie in einem zweijährigen Volontariat zu Redakteuren aus.

Wer sich für den Beruf des Redakteurs interessiert und gerne mal ein Praktikum in einer Lokalredaktion des DONAUKURIER und seiner Heimatzeitungen absolvieren möchte, kann sich bei uns melden.

Ihre Bewerbungsunterlagen können Sie auf unserer Homepage unter www.donaukurier.de hochladen oder per E-Mail an bewerbung@donaukurier.de senden. Bei weiteren Fragen zur Ausbildung melden Sie sich bitte unter der Nummer 0841/96 66-432.

Dranbleiben. Mitreden!

www.donaukurier.de

Die Redaktion

Printredaktion



Daniela Weichselgartner
CvD Print



Sandra Lohse
Stv. CvD Print



Lara von Dohlen
CvD Layout



Tobias Zimmermann
Layout | Design



Tim Ruben Weimer
Layout | Bild



Marie Campisi
Textredaktion



Markus Renz
Textredaktion



Anna Sophia Merwald
Textredaktion



Thomas Balbierer
Textredaktion



Bastian Mühlning
Textredaktion

TV-Redaktion



Friederike Lehmann
CvD TV



Janine Koppehele
Stv. CvD TV



Nico Scheinkönig
Produktion TV | Design



Antonia Titze
Produktion TV | Bild



Margarita Bulimov
Produktion TV



Lukas Peters
Produktion TV



Felicitas Appel
Produktion TV



Fabienne Simon
Produktion TV

Multimediale Koordination



Michael Eham
Multimedia-
Koordinator | Layout



Nicolas Riedmiller
Stv. Multimedia-
Koordinator

Technische Unterstützung



Robert Thaller
Techn. Unterstützung



David Lehmeier
Techn. Unterstützung

Onlineredaktion



Jana Rudolf
CvD Online



Talitha Waitzinger
Stv. CvD Online | Design



Jana Thiel
Produktion Online | Bild



Mariella Kockler
Produktion Online



Marina Weirich
Produktion Online



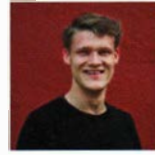
Miriam Meyer
Produktion Online



Benedikt Schimmer
Textredaktion Online



Marie Fetzer
Textredaktion Online



Matthias Reinelt
Textredaktion Online



Valérie Nowak
Textredaktion Online

Social Media



Melanie Hoog
CvD Social Media | Bild



Ludwig Haas
Stv. CvD Social Media



Selina Oberpriller
Social Media | Design



Julia Leiber
Social Media

Marketing



Inge Fuchs
Leitung Marketing



Jasmin Bals
Marketing



Nina Ruppert
Marketing



Jennifer Sandmeyer
Marketing

Dozierende



Matthias Wiedmann
Dozent TV



Peter Allgaier
Dozent TV



Pascal Tannich
Dozent Online
und Social Media



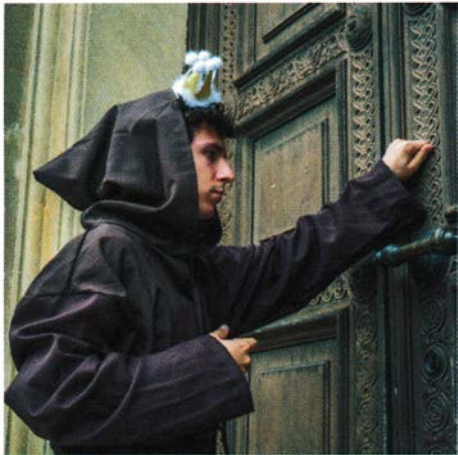
Susanne Wegner
Dozentin Print



Friederike Herrmann
Dozentin Print

Bilderrätsel





Ihr denkt, ihr seid Protestexperten? Dann denkt um die Ecke und beweist es bei unserem EINSTEINS-Bilderrätsel. Gesucht sind Personen oder Protestformen.

von **Friederike Lehmann**
Marie Campisi

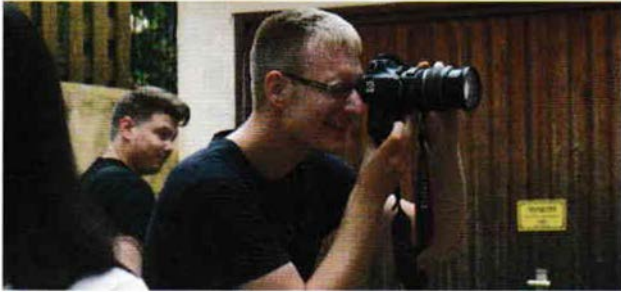


--	--	--	--	--	--	--	--	--	--



Lösungen: Arbeiterbewegung (links oben); Rosa Parks (rechts oben); Martin Luther King (links unten); Hausbesetzung (rechts unten)

Noch mehr EINSTEINS



Wir sind crossmedial!

Was haben Häkelmützen mit Protest zu tun? Wie trommelt man sich ins Zentrum der Aufmerksamkeit? Was regt junge Menschen derart auf, dass sie in ein Baum-

haus im Wald ziehen? Und warum lässt ein Gesetz Shakiras Gülle richtig stinken?

Weitere Geschichten zum Thema Protest erzählen wir online unter einsteins-magazin.de. Unser Team von EINSTEINS TV hat eine ganze

Sendung auf die Beine gestellt, die ihr auf Youtube findet. Einen Einblick in die Höhen und Tiefen der Recherche unserer Reporterteams bekommt ihr auf Social Media: EINSTEINS gibt es auf Facebook, Twitter und Instagram.



einsteins-magazin.de



[Einsteins](https://www.facebook.com/Einsteins)



[@einsteins](https://twitter.com/@einsteins)



[@einsteinsmagazin](https://www.instagram.com/@einsteinsmagazin) /journalistikstudium



EINSTEINS

Das Magazin der Eichstätter Journalistik

Redaktionelle Beratung

Wolfgang Luef (SZ-Magazin)
Klaus Ott (Süddeutsche Zeitung)
Daniel Peter (Mainpost)

Juristische Beratung

Rechtsanwalt
Prof. Dr. Ernst Fricke
(Honorarprofessor)

Druck und Auflage

Spintler Druck & Verlag
92637 Weiden i. d. OPf.
1700 Exemplare

Herausgeberin

Prof. Dr. Friederike Herrmann · Studiengang Journalistik
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt · Ostenstraße 26 · 85072 Eichstätt
Telefon (08421) 93-21564 · Telefax (08421) 93-21786 · info@einsteins-magazin.de